Nr. 19. Halle (Saale), Dienstag, den 23. Januar 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 60 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Hart 42 44. Fernsprech. 1045. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Bitterfeld-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 40 mm breite Kolonelzeile ob deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text 60 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Hart 42-44. Fernsprecher 1047. Geöffnet werktags ununterbrochen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 23. Januar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nordöstlich von Armentières drangen Erkundungsabteilungen bayerischer Regimenter in die feindlichen Gräben und kehrten mit einigen Gefangenen und Maschinengewehren zurück. Gegen unsere Stellung nordwestlich von Fromelles vorgehende englische Truppen wurden abgewiesen. Im übrigen behinderte nur zeitweilig nachlassender Dunst die Artillerie- und Fliegertätigkeit.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Längs der Düna und nordwestlich von Luck steigerte sich vorübergehend das Artilleriefeuer. — Westlich von Tünaburg vertrieb unsere Grabenbesatzung eine russische Streifabteilung, die im Morgengrauen in die vorderste Linie eingedrungen war.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph. An einigen Stellen der Waldkarpathen und des Grenzgebirges zur Moldau kam es bei sichtigem Frostwetter zu regem Artilleriekampf. Bei Vorfeldgefechten nahmen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen dem Gegner zwischen Slanic- und Putna-Tal 100 Gefangene ab und schlugen südlich des Casinu-Tales stärkere feindliche Vorstöße zurück.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen Am unteren Putna-Laufe hatten Vorpostengefechte ein für uns günstiges Ergebnis. — An der Dobrudscha überschritten bulgarische Truppen bei Tulcea den südlichen Mündungsarm der Donau und hielten sein Vorufer gegen russischen Angriff.

Mazedonische Front. Keine besonderen Ereignisse.

•

Bulgarische Kriegsziele. Der B. L. veröffentlicht die Unterredung mit dem Präsidenten der Sobranje, welcher erklärte: Bulgarien ist fest entschlossen, die ganze Dobrudscha bis zur Donau und die von den Serben geräumten, rein bulgarischen Gebiete Mazedoniens bis zur Morawa einschließlich Monastir zu behalten.

Vorbereitungen zur Räumung von Odessa. In der Stadtverordneten-Versammlung von Jaritzin an der Wolga wurde ein Brief des Rektors der Odessaer Universität verlesen, in welchem angefragt wurde, ob die Stadt Jaritzin die Universität nach der Evakuierung aufzunehmen bereit sei. Die Versammlung erklärte sich dazu gern bereit. — Wie aus den Mitteilungen über die Verhandlungen des Gouvernements-Semstwos von Cherson herauszulesen ist, scheinen im Gouvernement Cherson Armierungs- und Erdbefestigungsarbeiten im Gange zu sein.

Einführung der Zuckerkarte in Frankreich. In Frankreich wird die Zuckerkarte eingeführt und die Schließung aller Konditoreien am Dienstag und Mittwoch verfügt.

Der deutsche Kaperkrieg.

Wie der Progres de Lyon aus Rio de Janeiro meldet, ist das von dem deutschen Kaperschiff erbeutete Dampfschiff Theodore mit einer Mannschaft und mit Waffen ausgestattet worden so daß jetzt zwei Kaperschiffe unterwegs sind. — Man glaubt, daß die neue Möwe Kiel unter dänischer Flagge verlassen hat und eine Decladung von Heu führte, unter der die Bewaffnung verborgen war. Als das Schiff zum erstenmal gesehen wurde, war es schwarz angestrichen; es hatte vier Torpedolanzierrohre und mehrere Reservelanzierrohre. Man glaubt, daß es auch zum Minenlegen eingerichtet war. Außerdem führte das Schiff alle möglichen Kniffen und falsche Schornsteine mit, um nach Belieben das Aussehen verändern zu können.

Neue deutsche U-Boote im Mittelmeere? Aus Athen wird gedrahtet: Bei dem letzten Auftreten der deutschen U-Boote ist konstatiert worden daß die Deutschen jetzt einen ganz neuen Typ verwenden, der mit einer Geschwindigkeit von 46 Kilometern in der Stunde über Wasser und 28 Kilometer in der Stunde unter Wasser geht.

Die Krise in Rußland.

spitzt sich zu. Sie wird immer deutlicher ein Kampf der Regierung gegen die Duma und das ganze Volk. Um das Volk von dem Elend abzulenken und die Seelen wieder zur Kriegsleidenschaft aufzupeitschen, hat der Zar an den Ministerpräsidenten, Fürst Golitzin folgenden Erlaß gerichtet. Nachdem ich Ihnen den verantwortlichen Posten als Ministerpräsident anvertraut habe, halte ich es für angezeigt, Sie auf die nächstliegenden Fragen aufmerksam zu machen, deren Lösung die Hauptsorge der Regierung zu sein hat. Im gegenwärtigen Augenblick der Wende des großen Krieges richten sich alle Gedanken sämtlicher Russen ohne Unterschied der Nationalitäten und Klassen auf die tapfere und glorreiche Verteidigung des Vaterlandes, und erwarten, in einer gewaltigen Spannung, die entscheidende Begegnung mit dem Feinde. In vollkommener Uebereinstimmung mit unseren treuen Verbündeten lassen sie den Gedanken an einen Frieden ausschluß vor dem endgültigen Siege nicht zu. Ich glaube fest, daß das mit Selbstverleugnung die Last des Krieges ertragende russische Volk bis zum Schluß seine Pflicht erfüllen wird, ohne vor irgend einem Opfer Halt zu machen. Die natürlichen Hilfsquellen unseres Vaterlandes sind unerschöpflich und schließen die Gefahr einer Erschöpfung des Landes aus, die offensichtlich bei unseren Gegnern auftritt." — Dann verlangt Näterchen die Regelung der Lebensmittelfrage. Den gesetzgebenden Körperschaften solle mit „Geradheit und Würde" gegenübergetreten werden. Der Erlaß wird verpuffen, weil er die Reaktion und die Not nicht mindert.

•

Die australischen Soldaten gegen die Dienstpflicht. Freemans Journal macht darauf aufmerksam, daß die Zahlen über die Abstimmung über die allgemeine Wehrpflicht in Australien von der englischen Presse nicht veröffentlicht wurden, trotzdem schon zwei Monate darüber hingegangen sind. Offenbar hoffte man, die Minderheit derer, die dafür stimmten, sich in die Mehrheit verwandeln zu sehen, wenn die australische Armee darüber abstimmen würde. Das australische Heer hat aber dann ebenso in der Mehrheit dagegen gestimmt, nur 40 000 von den 146 000 Soldaten stimmten dafür, die andern dagegen.

Gewalt statt Demokratie.

Von einem Parteiausschußmitglied wird der Leipziger Volkszeitung geschrieben:

Während des Krieges hat der Parteivorstand die sozialdemokratische Partei in das sozialpatriotische Lager geleitet. Der Klassenkampf für die sozialistische Gesellschaft und für die Freiheit des Volkes endete durch Zustimmung zum Dienstpflichtgesetz mit Aufhebung der Freizügigkeit und der Unterstellung der Arbeiter unter die militärische Zwangsgewalt. Scheidemann wurde der Herold des Reichskanzlers und seine Fraktionskollegen Lensch, Cohen, David legten sich mit Wort und Schrift für den Imperialismus ins Zeug. Ihre Schriften wurden vom Parteivorstand besonders empfohlen. „Die Parteigelder könnten nicht besser angelegt werden, als zum Ankauf und Verbreitung dieser Schriften", so sprach Ebert. Fraktionsmitglieder gingen in bürgerliche Vereine und hielten Vorträge, der Abgeordnete Bauer sollte zuletzt beim Hansabund sprechen, war aber verhindert. Sozialdemokraten lagerten ihre Weisheit in bürgerlichen Blättern ab. Und alles das wurde mit dem Mantel der Duldsamkeit gedeckt. Der Parteivorstand, der berufen ist, die Parteigesetze zu achten, und der für Einhaltung derselben sorgen soll, mißachtete selbst diese Gesetze und duldete, daß in anderen Orten die Parteigesetze verletzt wurden, ja er trug durch seine Maßnahmen selbst dazu bei. Er duldete, daß in Frankfurt der Kreisverein nicht die Parteigelder an den Bezirksvorstand, sondern an den Parteivorstand abführte. Entgegen seiner eigenen Anordnung für die Bezirksvorstände. In Berlin gründete er statutenwidrig eine eigene Organisation, den „Diskutier"klub Vorwärts, obgleich das Organisationsstatut dies direkt verbietet. Er duldete, daß in der Philharmonie-Versammlung zum Boykott des Vorwärts unter der alten Redaktion aufgefordert wurde. Ja er nutzte widerrechtlich das Verbot des Vorwärts durch die Militärbehörde, um sich unter dem Schutze dieser Behörde den Vorwärts angueignen.

Das Programm umschreibt aber klar die Aufgabe der Sozialdemokratie. Es heißt dort:

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Dieser Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen, das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Die vom Parteivorstand während des Krieges betriebene Politik ist unvereinbar mit diesen Grundsätzen. Deshalb war es Pflicht aller Genossen, die dieses schädliche Treiben des Parteivorstandes erkannten, in Wort und Schrift darauf aufmerksam zu machen. Sie, die durch ihre Mitgliedschaft zur Partei verpflichtet sind, sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms zu bekennen, sie haben auch das Recht, ja die Pflicht, für die Beachtung der Grundsätze zu wirken. Das kann der einzelne auf der großen Tribüne der Zeitung, das kann er in den Organisationen der Partei, in Zusammenkünften der Parteigenossen. Kann er das als einzelner, dann muß er sich auch mit andern verständigen können, die zur gleichen Erkenntnis gekommen sind. Er kann nicht bloß mit seinen engeren Parteigenossen am Orte, sondern auch im Reiche zusammenkommen, denn die Parteigrundsätze sind nicht an örtlich beschränkte Grenzen gebunden. Dieses Recht kann er in der Partei ausüben unter Anerkennung der Disziplin. Der Kampf der Parteigenossen ist ein Kampf um die Ueberzeugung, die aus dem richtigen Erkennen der Parteigrundsätze strömt. Darum beschloß der Parteitag zu Erfurt:

Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesamtheit und den Anordnungen der Parteiorgane, solange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt.

Die Kriegspolitik des Parteivorstandes hat kein Parteitag beschlossen, ja der Parteivorstand teilte noch zwei Tage vor Ausbruch des Krieges die seiner Kriegspolitik entgegengesetzte Auffassung. Der Parteitag kann auch nur endgültig über diese vom Parteivorstand betriebene Politik entscheiden. Da aber seitdem die Abhaltung eines geordneten Parteitags hindert, die Handlungen sich aber häuften, den Widerspruch geradezu herausforderten, die Handlungen des Parteivorstands sich mehrten, die eine Ueberschreitung seiner Befugnisse sind, so konnte der Widerspruch nicht aufgespeichert werden, bis nach Jahren ein Parteitag stattfinde, sondern es mußte sofort im Anschluß an die einzelnen Ereignisse der Parteivorstand auf das Widerrechtliche seines Handelns und Treibens hingewiesen werden. Um den angesammelten Widerspruch zu dämmen, sich noch rechtzeitig eine Mehrheitszustimmung von den Genossen einzuholen, berief der Parteivorstand die in keinem Parteigesetz oder -beschluß begründete Reichskonferenz, ja er beliebte ein Delegationsstimmrecht auszuklügeln, das den kleinen Organisationen das Uebergewicht über die großen gab. Und dennoch. Die Konferenz bot das überraschende Resultat, daß die Opposition gegen die Parteivorstandspolitik größer als erwartet war. Statt einzulenken, hieß es, letzterer recht im Parteivorstand. Die Vorwärtsvergewaltigung war das brutalste nach der Konferenz.

Die Konferenz hatte aber auch den Mitgliedern der Opposition Gelegenheit gegeben, persönlich miteinander in Fühlung zu treten, und so wurde der Boden durch den Parteivorstand geebnet, den Widerstand gegen seine Politik zu vervielfältigen. Um einen Weg zur gemeinsamen Ausbreitung der Grundsätze der Partei zu finden, berief die Arbeitsgemeinschaft für den 7. Januar eine Besprechung nach Berlin, die überaus zahlreich beschickt wurde. Drei Gruppen legten jede für sich Entschließungen vor, und es einigten sich 111 Genossen auf die Entschließung der Arbeitsgemeinschaft, die im entscheidenden Teile besagt, daß die Parteigenossen im Rahmen des Parteistatuts, also unter Anerkennung der Parteigesetzes, für die Grundsätze der Partei wirken sollen. Zu diesem Zwecke sollten sich die Kreisorganisationen verständigen, die auf dem Boden der Opposition stehen, und dort, wo es nicht der Fall ist, sollten die Genossen der Opposition gemeinsam für die Grundsätze der Partei werben.

Das stellt der Parteivorstand als Schaffung einer Sonderorganisation hin und ließ sich vom Parteiausschuß das in seinem Schoß ausgearbeitete Gutachten abgeben. Ebert hielt ein klotziges, mit persönlichen Ausfällen gespicktes Referat, in dem die einzelnen Vorgänge einfach in ihr Gegenteil umgekehrt wurden. Der Diskutierklub Vorwärts sei nur zur Abwehr des Vorwärts-Boykotts geschaffen worden, im übrigen hätten schon immer Diskutierklubs in der Partei bestanden. Aber wenn sich die Opposition zusammenfindet, dann gehe die Disziplin zum Teufel und die Partei löse sich in Anarchie auf. Die Debatten waren meist kühl sachlich, es war ein Aneinandervorbereden, das keinen überzeugte und erkennen ließ, daß es nicht mehr auf die Ueberzeugung, auf die Demokratie ankomme, sondern um die Anwendung der Gewalt. Sehr verschnupft hatte die Auffrischung des Berliner Beschlusses in der Besprechung der Opposition, der in den Taten des Parteivorstands eine ehrlose Handlung erblickt und die Parteigenossen aufforderte, den Genossen keine Ehrenämter mehr in der Partei zu übertragen. Das öftere Betonen, daß man alte Parteigenossen aus ihren Aemtern gewählt und unfähige an ihre Stelle gesetzt habe, obgleich es in der Partei Aemter auf Lebenszeit nicht gibt, ließ erkennen, daß der Parteivorstand befürchtete, auf dem nächsten Parteitag nicht mehr die Mehrheit zu erlangen. Aus gleichen Erwägungen fand der Parteivorstand auch ein so großes Verständnis bei dem Parteiausschuß für seinen Vorschlag.

Um das Amt zu erhalten, muß die Demokratie in der Partei zertrümmert werden. Die Beteuerung, daß die Kritik in der Partei nicht unterbunden werden soll, ist deshalb nur eine leere, hohle Redensart.

Ueber die Folgen und die rechtliche Seite des Beschlusses in einem weiteren Artikel das Nötige.

•

Die Parteivorstandsminderheit protestiert!

Zu dem gestern veröffentlichten Aufruf des Parteivorstandes, der die Arbeitsgemeinschaft aus der Partei hinauszudrängen versucht, veröffentlichen die Parteivorstandsmitglieder Luise Zietz und Robert Wengels folgende Erklärung:

„Der heutige Aufruf des Parteivorstandes bedeutet einen entscheidenden Schritt in der Geschichte der Partei. Die Einheit der Partei, für die wir unser ganzes Leben hindurch gekämpft haben, wird zerrissen, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Ausführung gelangen. In dieser Situation fühlen wir uns, in Abweichung von unserer Gepflogenheit, verpflichtet, auszusprechen, daß wir die Verantwortung für diesen Schritt ablehnen.

Robert Wengels. Luise Zietz.

•

Blütenlese aus der „Mehrheits"presse.

Die Presse des rechten Parteiflügels ruft jetzt in den eindeutigsten Tönen nach Ausschluß der Opposition. Der Parteivorstand habe schon viel zu lange Geduld geübt, jetzt dürfe nicht mehr geredet, jetzt müsse gehandelt werden. Die Magdeburger Volksstimme fordert das sogar so:

„In solchen Zeiten hilft kein bänliches Schwanken. Da muß gehandelt werden selbst auf die Gefahr hin, daß falsch gehandelt wird. Nur die Untätigkeit wäre eine nicht zu verzeihende Sünde."

Hinaus mit der Opposition, selbst wenn das ein Unrecht, ein Verbrechen, ja wenn es sogar ein Fehler ist. Nur nicht mehr untätig sein! Es ist höchste Zeit, denn der Krieg und der Belagerungszustand gehen einmal zu Ende, dann könnte es zu spät sein. — Ein „bekannter Parteischriftsteller" (wahrscheinlich Hänisch) schreibt in der J. K.:

„Wer nicht für uns ist, ist wider uns. Nun gilt kein schmerzliches Bedauern mehr, daß es so kommen mußte, kein Erwägen, ob man sich noch verständigen könnte. Es muß hingenommen werden, daß das Alte stürzte."

Sozialismus — altes Eisen! Bedauern — Unsinn! Verständigen — nein! Hinnehmen, daß das Alte stürzt! — Auch Dr. Lensch atmet auf. Er feiert die „Befreiung" der Partei, geht aber gleich weiter:

„Und jetzt auch haben wir erst wieder die Möglichkeit, das wissenschaftliche Wochenblatt der Partei, die Neue Zeit, die schon lange ein unbeachtetes Sektenblättchen geworden war, den Interessen der Sozialdemokratie und der marxistischen Theorie wieder nutzbar zu machen."

Kautsky und Wurm — heraus mit euch aus der Neuen Zeit! Lensch wünscht das — und bald genug wird man weiteres hören. Daß Dr. Lensch seinen Nationalismus und Imperialismus als „marxistische Theorie" ausgibt, ist ebenso heiter wie bekannt. — Der Frauenzeitschrift Gleichheit geht es wohl ebenfalls an den Kragen. Gegen die Genossin Zetkin sind schon längst scharfe Umtriebe im Gange. Vielleicht wird binnen kurzem auch aus der Gleichheit ein Durchhalteorgan gemacht. Das Muster gab ja das Vorgehen gegen den Vorwärts.

Daß die Opposition aus der Partei hinausgeworfen werden muß, darin stimmen alle „Mehrheits"blätter überein. Manche führen das sachlich aus, andere wieder ausfällig. Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung in Kiel sagt:

„Der Wurm, der sich im Mark des stolzen Parteibaumes festgesetzt hat, um von innen heraus zu zerstören, was keine Gewalt der Regierungen, Gerichte, Polizei und feindlicher Parteien von außen her brechen konnte, der Wurm,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170123-14/fragment/page=0001

sagen wir, muß beseitigt werden. Reinliche Scheidung tut not."

Inwieweit der „Wurm" den Parteibaum „zerstören" will, ist nicht klar. Die Opposition will die durch die Kriegspolitik zerstörte stolze Sozialdemokratie wieder herstellen und wirkt und wirbt aus heiligster Ueberzeugung für den Sozialismus.

Das Harburger Volksblatt atmet auf:

„Es ist endlich einmal klare Bahn geschaffen, wodurch die um Haase wissen müssen, was die Stunde geschlagen hat. Wir haben es endgültig satt, daß diese Männer der Partei fortgesetzt Knüppel zwischen die Beine werfen, um ihren ehrgeizigen Sonderbestrebungen zu frönen. Vielleicht haben wir uns dieses Treiben schon viel zu lange gefallen lassen."

Als „Knüppel zwischen die Beine" empfindet dies Blatt dasjenige, was es bis zum 4. August 1914 als Sozialismus und als sozialistische Taktik gefeiert hatte.

Die Bielefelder Volkswacht redet sich ein:

„Allen demokratischen Gepflogenheiten zum Trotz wollte die Opposition, die Minderheit in der Partei, der Mehrheit ihren Willen aufzwingen, um jeden Preis. Nur so würde sie Ruhe gegeben haben."

Falsch! Erstens wollte die „Minderheit" nicht der Mehrheit den Willen „aufzwingen", denn sie ist ein Feind gewaltsamer Erdrosselung. Sie will nur die Möglichkeit haben, im Rahmen der Partei für ihre Auffassung werben und wirken zu können. Das ist ihr gutes Recht. Der demokratisch zusammengesetzte kommende Parteitag soll entscheiden. — Und zweitens vergißt die V. V., daß die Ueberzeugung der „Minderheit" nichts anderes ist, als die sozialistischen Grundsätze, das sozialistische Programm und die sozialistische Taktik, wie sie vor der Vertretung der Fraktionsmehrheit zur Kriegspolitik befolgt wurden. Aber dafür zu wirken, ist jetzt Staatsverbrechen, weil die Kriegspolitik unter allen Umständen als „sozialdemokratisch" festgelegt werden soll. Geschickt verschiebt man die Differenz der politischen und grundsätzlichen Auffassung auf das Gebiet der — Organisation, weil man die Mehrheit der Instanzen der Organisation fest in der Hand hat.

Aber selbst als rein organisatorische Frage aufgefaßt, steht der Minderheit das Recht zu, für ihre Auffassung zu wirken. Will man sie dazu ausschließen, so hat man sich gefälligst an das Organisationsstatut, §§ 26 bis 30 zu halten. Will man das? Es scheint nicht, denn die Dresdener Volkszeitung schreibt ganz eindeutig:

„Jetzt ist den Arbeitsgemeinschaftlern der Schreck in die Glieder gefahren und nun versuchen sie, sich hinter Formalien zu verstecken."

Das Organisationsstatut „eine Formalie" — sehr gut. Und weiter sagt das Blatt:

„Jetzt, nachdem die Parteileitung ernste Abwehrmaßnahmen eingeleitet hat, weist man aufgeregt auf die formellen Bestimmungen hin, hinter denen sie sich bei ihrem parteizerstörenden Treiben seither versteckt haben. Sie verkennen aber auch hier den Sachverhalt. Um Ausschlußverfahren handelt es gar nicht, sondern um Trennung. Dabei aber wird von der Partei nur eine Tatsache anerkannt, die die Opposition längst vollbracht hat, besonders einschneidend durch die Beschlüsse auf ihrer organisationswidrigen Reichskonferenz. Dort haben sie die Gründung besonderer Organisationen beschlossen."

So? Das ist notorisch falsch, denn die Opposition hat nie die „Gründung besonderer Organisationen" beschlossen. Aber selbst wenn es so richtig wäre, wie es unrichtig ist, so hätte die Mehrheit immer nur die Gründung von Organisationen „beschlossen", aber noch nie ausgeführt. Hingegen hat umgekehrt die „Mehrheit" dort, wo sie eine Minderheit ist, längst ihre Sonderorganisationen gegründet, siehe Stuttgart, siehe Bremen, siehe Berlin. Ist das wahr oder nicht?

•

Die Krise der französischen sozialistischen Partei.

Die letzten Meldungen aus Paris lassen deutlich erkennen, daß die Krise in der sozialistischen Partei Frankreichs akut geworden ist. Die Krise besteht darin, daß die bisherige Minderheit nahe daran ist, zur Mehrheit zu werden. Der Antrag des gemäßigten Minderheitsabgeordneten Pressemane (Limoges), die Antwort der Verbandsmächte an den Präsidenten Wilson zur Debatte zu stellen, vereinigte auf sich 57 sozialistische Kammermitglieder. Da die Fraktion jetzt aus etwa 95 Mitgliedern besteht, so erhielt der Minderheitsantrag Pressemane die Mehrheit der Fraktion. Ob diese Mehrheit nun eine zufällige oder eine dauernde ist, läßt sich vorläufig nicht sagen. Auf jeden Fall bestätigt der Vorgang in der Kammer, daß die Renaudel, Sembat und Guesde nicht mehr die Fraktion unbedingt beherrschen. Wenn auch nähere Nachrichten über die Krise nicht vorliegen, so läßt sich doch mit großer Wahrscheinlichkeit ihr unmittelbarer Anlaß erklären. Die Antwort der Verbandsmächte ist den Minderheitssozialisten aus zwei Gründen anstößig. Erstens erblicken sie in ihr eine Billigung der russischen Ansprüche auf Konstantinopel und die Meerengen, was ohne Zweifel eine Billigung von Annexionen bedeutet. Zweitens wurde sie von der Minderheit als einseitig betrachtet, indem von der Bereinung der von den Verbandsmächten unterdrückten Nationalitäten plötzlich abgesehen wurde. Hierzu kommt die wachsende Unzufriedenheit Frankreichs mit der Regierung Briands, der man vorwirft, daß sie das französische Volk den Seeherrschafts- und Handelszielen Englands und den Eroberungsplänen Rußlands opfere. Briand wird deshalb hauptsächlich unpopulär, weil er sich angeblich den Engländern gegenüber schwach zeige und von ihnen nicht die gleichen Leistungen der Opfer fordere, wie Frankreich sie aufzuweisen habe.

Die bisherige Minderheit unterscheidet sich von der Mehrheit vor allem durch die Stellungnahme zur Internationale. Sie verlangt die sofortige Einberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus; sie wünscht die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der deutschen Sozialdemokratie, also die Wiederbelebung der sozialistischen Internationale im Interesse des Friedens. In allen anderen Punkten ist — so entnehmen wir einer Korrespondenz — der Unterschied zwischen Minderheit und Mehrheit kein wesentlicher. Auch die Minderheit — mit Ausnahme der „Zimmerwaldler": Blanc, Brizon und Raffin-Dugens — bewilligte bisher die Kriegskredite. Auch sie verlangt die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, oder zumindestens die Volksabstimmung der dortigen Bevölkerung. Allerdings ließe sich, mit der Minderheit verhandeln. Sie würde, wenn sie die Macht hätte, einen Frieden durch Verhandlungen vorziehen, denn sie hat die vor dem Kriege geltenden Lehren von der Wirkung des Imperialismus auf die auswärtige Politik noch nicht so vollständig vergessen, wie dies die Mehrheit getan hat. (Genau so wie in — anderen Ländern!) Die Wortführer der Minderheit: Longuet, Pressemane, Mayéras usw. verteidigen sich nicht so hartnäckig auf die formalpsychistische Anklage, daß die Deutschen für den Krieg verantwortlich seien, weil sie ihn erklärt haben.

Die französische Minderheit ist entschlossen, sobald sie zur Mehrheit wird, einen neuen sozialistischen Parteitag einzurufen und die Parteileitung in ihre Hand zu bekommen und die „Jusqu'auboutisten" (die Anhänger des Krieges um jeden Preis) zu verdrängen. Paris würde sodann eine mehr sozialistische und weniger Briandistische Humanité haben. Das wäre ein Gewinn.

Die französischen Vorgänge sind auch von Wichtigkeit für die baldige Wiederaufnahme der internationalen sozialistischen Beziehungen. Stellt sich die französische Fraktion auf den Standpunkt der Minderheit, so ist die Wiedereinberufung des Internationalen Sozialistischen Bureaus möglich.

Die Friedensbewegung in Italien

scheint allgemein zu einer wahren Volksbewegung angewachsen zu sein, die sich auf die verschiedenste Weise sehr kraftvoll äußert. Darf man den in Schweden eingetroffenen, angeblich verlässlichen römischen Berichten Glauben schenken, so ist die innere Lage Italiens äußerst kritisch. „Nicht nur das flache Land, sondern auch die Städte werden von überaus aufregenden Gerüchten geschüttelt. Es haben sich bereits in Neapel, Rom, Mailand und Turin Bewegungen bemerkbar gemacht, die darauf schließen lassen, daß die Propaganda für einen schnellen Friedensschluß demnächst auf die große Straße verbreitet werden wird. Die unnachsichtig tief in den Volksbestand eingreifenden Rekrutierungen der letzten Wochen haben besonders auf dem Lande eine sehr kritische Stimmung ausgelöst. Die Regierung entfaltet bereits eine kräftige Gegenpropaganda. In einigen Orten Süditaliens ist es zu „großen Ausschreitungen der Bevölkerung" gekommen, da das Gerücht verbreitet worden war, die italienischen Soldaten sollten nach Flandern gebracht werden."

Würden sich die Völker in allen Ländern kräftig gegen die Fortsetzung des mörderischen Krieges erheben — die Herrschenden müßten Frieden machen.

Eine neue italienische Kriegsanleihe. Ein Erlaß der italienischen Regierung gibt die Ermächtigung zur Ausgabe einer vierten nationalen Anleihe, die mit 5 Prozent verzinslich, für jetzt und in Zukunft von jeder Steuer befreit und bis zum Ende des Jahres 1931 unkonvertierbar sein soll. Der Zeichnungspreis beträgt 90 Prozent. Die Zeichnung kann bis 25. Februar erfolgen. Die Einzahlungen können sowohl in Gold wie in Wertpapieren geleistet werden, die von einem fremden Staate ausgegeben sind.

Politische Uebersicht.

Die Konservativen drohen!

Die Mitteilung, daß in Preußen eine neue Wahlrechtsvorlage vorbereitet wird, hat bei den Konservativen den schärfsten Widerspruch ausgelöst. Die Einbringung der Fideikommißvorlage halten sie für eine Selbstverständlichkeit, dagegen erscheint ihnen eine Wahlrechtsreform als schroffer Bruch des Burgfriedens. Die Kreuzzeitung veröffentlicht einen Artikel, in dem u. a. gesagt wird:

„Der langjährige Kampf gegen das bestehende preußische Landtagswahlrecht, für dessen günstige Austragung die Gegner des Wahlrechts jetzt die Zeit für gekommen erachten, ja, dessen siegreiche Beendigung ihr vornehmstes Kriegsziel darstellt, bedeutet nichts mehr und nichts weniger als den Kampf um Preußen, von dem ein gewisser Parteiführer einst sagte: „Haben wir erst Preußen, dann haben wir alles." Wer die Entwicklung der letzten Jahre mit offenen Augen verfolgt hat, wird sich sagen müssen, daß das preußische Landtagswahlrecht die letzte und einzige Schutzwehr um das alte Preußen, d. h. um Preußen überhaupt, denn Preußen wird entweder das alte, oder es wird nicht mehr sein, daß dies Wahlrecht das letzte Bollwerk der verfassungsmäßig garantierten Selbständigkeit der Bundesstaaten und der letzte und einzige Expeiler des von Kaiser Wilhelm I. und seinem großen Kanzler unter Mitwirkung der deutschen Bundesgenossen geschaffenen Deutschen Reiches ist. Fällt das preußische Landtagswahlrecht, dann wird Preußen aus dem bisher seitgefügteten monarchischen Staatswesen eine Scheinmonarchie, und mit ihm werden es alle deutschen Bundesstaaten, die bis dahin Hort der Monarchie und die eigentlichen Träger des monarchischen Gedankens waren. Die deutsche Kraftquelle wird langsam versiegen — und Englands Ziel ist erreicht mit Hilfe unseliger deutscher Verkehrtheit und Verblendung. Und das soll die Errungenschaft dieses mit beispiellosen Opfern geführten Krieges sein? Und das will man unseren heimkehrenden Feldgrauen als „Lohn" für ihre Hingabe entgegenbringen? Die national gesinnte Mehrheit des Preußischen Abgeordnetenhauses möge sich ihrer Pflicht gegenüber unserem lieben deutschen Vaterlande bewußt sein. In ganzen Reich aber sollte man dessen eingedenk sein, was das jetzt zu Recht bestehende preußische Landtagswahlrecht für die Einzelstaaten und das Reich bedeutet."

Diese Kampfansage spricht Bände. Sie zeigt, daß man in konservativen Kreisen gar nicht daran denkt, den Massen in Preußen jenes Maß politischen Einflusses einzuräumen, auf das sie ein Recht haben. Was hat das Wahlrecht mit der Monarchie zu tun? Ist etwa Bayern zu einer Scheinmonarchie geworden dadurch, daß es ein ziemlich freies Wahlrecht hat? Aber es ist die alte konservative Taktik: nichts von den Vorrechten aufzugeben. Die Wahlrechtsreform in Preußen wird kommen und muß kommen. Daß sie den einfachsten Grundlinien der Gerechtigkeit entspricht — dafür zu sorgen wird die Aufgabe der Massen des Volkes in Preußen sein.

Die Zukunft Belgiens.

Die Nordd. Allg. Ztg. veröffentlicht einige englische Aeußerungen offiziösen Ursprungs aus dem Jahre 1887, die erkennen lassen, daß England, wenn es damals zum Bruch zwischen Frankreich und Deutschland gekommen wäre, nichts gegen ein Wegerecht durch Belgien einzuwenden gehabt hätte. Daraus zieht die Nordd. Allg. Zeitung den Schluß:

„Mit zwingender Notwendigkeit ergibt sich hieraus für Deutschland die Folgerung: Ein Zustand, der es England ermöglicht, nach Belieben die Neutralität Belgiens anzuerkennen und zu schützen, oder aber zu verleugnen und preisgegeben, ist unhaltbar. Deutschland muß dagegen gesichert werden, daß Belgien nicht wie bisher ein Einfallstor bleibt, das der englische Egoismus je nach Bedarf nach Osten oder Westen öffnen oder schließen kann."

Strafaufschub für Hilfsdienstfähige.

Nachdem bereits früher angeordnet worden ist, daß Strafgefangenen oder Verurteilten in geeigneten Fällen Strafurlaub oder Aufschub im Interesse der Ernte- und Bestellungsarbeiten bewilligt werden kann, ordnet der preußische Justizminister jetzt durch eine Verfügung vom 17. Januar an, daß solche Gesuche stets auch unter dem Gesichtspunkt der Verwendbarkeit des Verurteilten im Vaterländischen Hilfsdienst geprüft werden sollen. Auch bedingte Strafaussetzung soll in geeigneten Fällen zur Anwendung kommen.

Aus Oesterreich.

Wien, 22. Januar. Wie verlautet, bereitet der österreichische Ministerpräsident Clam-Martinitz sich gegenwärtig für die Arbeiten des Parlaments vor. Drei Gegenstände der Behandlung seien es besonders, die er anstrebe: 1. das Ernährungswesen im Hinterlande, 2. Vereinbarungen über einen zwanzigjährigen Ausgleich mit Ungarn, 3. Vorkehrungen für die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Abgeordnetenhauses.

Der Geburtenrückgang in Frankreich.

Paris, 20. Januar. Temps veröffentlicht nach einer Zusammenstellung des Abgeordneten Honnorat folgende Zahlen über die Geburten und Todesfälle in den nicht besetzten Gebieten Frankreichs: 1913: 604 434 Geburten, 588 809 Todesfälle, 1914: 594 222 Geburten, 617 549 Todesfälle, 1915: 382 466 Geburten, 644 301 Todesfälle. Demnach ist die Zahl der Sterbefälle in den beiden letzten Jahren gegen das Normaljahr 1913 um je gegen 60 000 gestiegen, während die Zahl der Geburten 1914 um rund 10 000, 1915 um 226 000 zurückging. Das Heeresgebiet ist hier nicht einbegriffen, in welchem, wie Honnorat hervorhebt, beinahe alle Todesurkunden für die auf dem Schlachtfeld Gefallenen ausgefertigt werden.

Englischer Außenhandel im Jahre 1916.

Der soeben erschienene Bericht des englischen Handelsministeriums gibt eine Uebersicht der Ein- und Ausfuhr im Jahre 1916 nebst einem Vergleich mit dem vorhergegangenen Jahre (+ Zunahme, — Abnahme) in Millionen Pfund Sterling:

	1916	1915	Prozent
Einfuhr	945,2	+ 97,3	+ 10,3
Ausfuhr	606,6	+ 121,7	+ 81,6
Rückausfuhr . . .	67,6	— 1,5	— 1,4

Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr beläuft sich auf rund 443 Millionen Pfund Sterling (8860 Millionen Mark). Die auf Rechnung der Regierung eingeführten Warenartikel, hauptsächlich Kriegsmaterialien, sind in diesen Ziffern nicht eingeschlossen, da diese Einfuhr nicht veröffentlicht wird.

Kleine politische Nachrichten.

Die Donau — eine mittleuropäische Wasserstraße. Die Verhandlungen zwischen den Regierungen Bayerns, des Reiches, Oesterreichs und Ungarns, betreffs der Frage der mitteleuropäischen Wasserstraße sind bereits zum Abschluß gebracht. Wie aus München berichtet wird, tritt am 30. Januar der bayerische Landtag zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um die Frage zu behandeln. Die Reichsregierung soll bereits zugesagt haben, sich an den Kosten des Ausbaues des Donauweges zu beteiligen.

Aus der Partei.

Stellungnahme der Organisationen.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg beschloß am Sonntag, 21. Januar, einstimmig: „Der Bezirksvorstand bedauert im Interesse der Arbeiterbewegung die durch die Reichskonferenz der Opposition vollzogene Sprengung der Partei. Er stimmt den Beschlüssen des Parteiausschusses zu als notwendige Konsequenz der nun geschaffenen Situation und erwartet, daß die Parteigenossen den einheitlich in sich geschlossenen Organisationen der Sozialdemokratie, unbeirrt durch die Minierarbeit der abgesplitterten Sondergruppen, die Treue halten."

•

Eine von 90 Personen besuchte Kreiskonferenz der Vorstände und Vertrauensleute des Sozialdemokratischen Vereins für Reuß j. L. in Gera nahm am 21. Januar folgende Resolution einstimmig an:

„Der Vorstand und die Vertrauensleute von Reuß j. L. erklären zu der am 18. d. M. gefaßten Resolution des Parteivorstandes und Parteiausschusses:

Wie wir bereits am 16. Januar und 18. April v. J. in unseren Konferenzen zum Ausdruck brachten, billigen die Vertreter der sozialdemokratischen Organisation von Reuß j. L. die Haltung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und wiederholen ihren Beschluß, daß der Minderheit der Reichstagsfraktion das Recht zustehen mußte, ihre Meinung im Reichstag zum Ausdruck zu bringen. Nicht die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gespalten, sondern deren Mehrheit hat durch ihr unbemokratisches Vorgehen die Minderheit gezwungen, sich zu einer eigenen Fraktion zusammenzuschließen, um die Anschauung der Opposition auch im Reichstage zum Ausdruck bringen zu können.

Ebenso billigen wir die Zusammenkunft der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft mit den auf dem Boden des Parteiprogramms und Statuts stehenden Genossen, die mit der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht einverstanden sind. Zu einer solchen Aussprache mit Gesinnungsgenossen war die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft berechtigt, denn der Krieg macht die Abhaltung eines Parteitags unmöglich und bindende Beschlüsse über die Haltung der Partei können allein Parteitage fassen.

Während also die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sich streng auf dem Boden des Parteiprogramms und Statuts bewegt, hat der Parteivorstand wiederholt, so u. a. beim Vorwärts-Konflikt, sich Rechte angemaßt, die ihm nach dem Statut nicht zustehen.

Die Besprechung, die die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft mit Parteigenossen der Opposition am 7. Januar d. J. abhielt, hatte nicht den Zweck, eine Sonderorganisation zu schaffen, sondern innerhalb der Partei den alten Grundsätzen zum Siege zu verhelfen. Wenn der Parteivorstand dieses Zusammenhalten als Sonderorganisation erklärt, so widerspricht er damit dem Wortlaut und Sinn des Parteistatuts, und es ist daher vollkommen hinfällig, wenn er erklärt, das „die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und ihre Anhänger sich selbst von der Partei getrennt haben".

Die Konferenz erklärt, daß sie das Vorgehen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft billigt, und erwartet, daß alle wirklich auf dem Boden des Parteiprogramms stehenden Genossen nach wie vor für das Wachsen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eintreten und sie in jeder Hinsicht unterstützen werden."

Zur Nachwahl in Spandau-Osthavelland

hat der sozialdemokratische Bezirksvorstand für die Provinz Brandenburg am Sonntag folgende Entschließung angenommen:

„Der Bezirksvorstand hält angesichts der veränderten Situation in der Partei und der Stellung der Kreisorganisation zur Reichskonferenz der Opposition die besondere Beteiligung an der Wahl im Kreise Spandau-Osthavelland für notwendig. Er fordert die Parteigenossen des Kreises, die in Anerkennung des Grundgesetzes der Demokratie — Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit — weiter der einheitlich geschlossenen Sozialdemokratie angehören, auf, die organisatorischen Vorbereitungen zur Führung des Wahlkampfes zu treffen."

Ums tägliche Brot.

Amtliche Erklärung zur Ernährungsfrage.

Berlin, 22. Jan. (Amtlicher Bericht.) In der Sitzung des Beirates beim Kriegsernährungsamt am 19. und 20. Januar betonte der Präsident des Kriegsernährungsamtes, daß eine grundsätzliche Aenderung des Systems im neuen Wirtschaftsjahr nicht eintreten solle. Auch wenn vor Beginn desselben Friede geschlossen sein sollte, wird für die dann folgende schwierige Uebergangszeit keine Aenderung eintreten können. Die Versorgungsschwierigkeiten dieses Jahres hat ihren Grund in der schlechten Kartoffelernte. Auch die Transportverhältnisse haben sehr ungünstig eingewirkt. Die Schätzungen über die Getreideernte gehen so weit auseinander, daß am 15. Februar 1917 eine neue Bestandsaufnahme nötig wird. Die Kartoffelvorräte werden sich genau erst feststellen lassen, wenn die Mieten geöffnet sind und das Saatgut ausgelesen ist. Trotz der günstigen Körnerernte stehen wir infolge der Kartoffelmißernte bezüglich der gesamten verfügbaren Nährwerte an Getreide und Kartoffeln schlechter als im Vorjahr. Ein Ausgleich ist nur durch immer sorgfältigere und gerechtere Verteilung der verfügbaren Gesamtmenge und durch Einschränkungen des Gesamtverbrauchs zu erreichen. Die Sparpolitik muß schon jetzt eingeleitet werden, damit bis zum Schlusse des Wirtschaftsjahres auch für den ungünstigsten Fall genügende Mittel zur Verfügung stehen. Die in Rumänien vorgefundenen Vorräte sind recht erheblich. Schwierigkeiten bietet jedoch die Transportfrage. Die Mittel, die uns bis zum Schlusse des Erntejahres zur Verfügung stehen, sind knapp, und es bedarf einer straffen Organisation bei Erfassung und Verteilung des Vorhandenen. Zur Bewirtschaftung des Brotgetreides wurde vom Kriegsernährungsamt erklärt, daß zur Brot-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170123-14/fragment/page=0002

rechnung für die Monate Januar und Februar Gerstenmehl in Aussicht genommen sei, für die anderen Monate Rotgetreideschrot. Auf diese Weise werden wir unter allen Umständen mit unseren Brotgetreidevorräten bis zur neuen Ernte reichen. – Der Leiter der Reichsstelle für Nahrmittel und Eier gab die Auskunft, daß vom Februar an eine größere Menge von Nahrmitteln regelmäßig ausgeschüttet werden solle. Trotz der schweren Verhältnisse können wir die feste Zuversicht haben, daß wir unbedingt durchhalten werden, wenn die Bevölkerung – Erzeuger wie Verbraucher – dem Ernst der Zeit Rechnung trägt. (W. T. B.)

Maßnahmen gegen die Lebensmittelversendung.

Die preußische Regierung hat die Postämter angewiesen, in denjenigen Kreisen, in denen Ausfuhrverbote bestehen, Sendungen, die offensichtlich Speisefett irgendwelcher Art enthalten, von der Postbeförderung auszuschließen. Derartige Speisefette können, da sie der Verkehrs- und Verbrauchsregelung entzogen worden sind, ohne Entschädigung zugunsten des Kommunalverbandes enteignet werden, außerdem setzt sich der Versender der Bestrafung aus. Die Polizeibehörden sind berechtigt, das Handgepäck der Reisenden auf solche Gegenstände untersuchen zu lassen, deren Ausfuhr verboten ist. Derartige Untersuchungen werden außerhalb der Bahnhöfe auf den zu dem Bahnhof führenden Zufuhrstraßen und auf den Bahnhofsvorplätzen vorgenommen werden. In besonderen Ausnahmefällen sind aber solche Untersuchungen auch auf den Bahnhöfen selbst zuzulassen.

Neue Privilegien!

Das preußische Fideikommißgesetz.

Den einzigen Gegenstand der Montags-Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses bildete die erste Lesung des Entwurfs eines Fideikommißgesetzes. In Verbindung damit stand ein fortschrittlicher Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, der die Errichtung von Fideikommissen oder die Vergrößerung bestehender Fideikommisse während des Krieges grundsätzlich für unzulässig erklären will. – Wie der Justizminister ausführte, hat die Regierung die Vorlage gerade jetzt wieder eingebracht mit Rücksicht darauf, daß der Großgrundbesitz in die Lage kommen müsse, seine Betriebe zur größtmöglichsten Leistung zu entwickeln. – Unbedingt auf den Boden der Vorlage stellte sich natürlich der konservative Abg. Dr. Delbrück, der lebhaft gegen die Ablehnung protestierte, als ob die Vorlage einen Bruch des Burgfriedens bedeute. Unterstützt wurde er von dem Abg. Witta (Zentr.), der erklärte, daß der Entwurf den Wünschen seiner Freunde, insbesondere dem Wunsche Rechnung trage, die fideikommissarische Bindung auch den kleineren und mittleren Besitzen zugänglich zu machen. In ähnlichem Sinne waren die Ausführungen des Freikonservativen Krause-Waldenburg gehalten.

Umgekehrt wurde die Vorlage von den Rednern der linken Seite des Hauses aufs heftigste bekämpft. Sogar der nationalliberale Abg. Dr. Lohmann schlug ungewöhnlich scharfe Töne an; er forderte, daß man den fortschrittlichen Antrag sofort ohne Kommissionsberatung annehmen solle, was einer Ablehnung der Regierungsvorlage gleichkäme. Unter großer Unruhe des Hauses protestierte er dagegen, daß man in einer Zeit, wo wir Millionen von Steuerzuschlägen bewilligt haben, und wo die Steuerkraft bis zum Äußersten noch weiter angespannt werden müsse, bestimmte Familien privilegieren wolle; dafür fehle der nationalliberalen Partei jedes Verständnis. – Ebenso gute Gründe gegen den Entwurf wurden auch vom Abg Waldstein (Fortschritt) und vom Genossen Leinert ins Feld geführt. In die Debatte griff auch der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer ein, um abzuleugnen, daß die Regierung den Burgfrieden gebrochen habe.

Aus dem Verhandlungsbericht.

Abg. Waldstein (Vpt.): Was hat der Burgfrieden noch für einen Wert, wenn er derartige Diskussion nicht verhindern kann! Warum darf denn hier keine Vorlage über das Wahlrecht kommen? (Sehr gut! links.) Es herrscht dort absolut Übereinstimmung bei allen Parteien darüber, daß das Wahlrecht reformiert werden muß, nur über das Maß bestehen Meinungsverschiedenheiten, genau wie bei dieser Vorlage. Aber dort absolute Enthaltsamkeit, trotzdem es sich dabei um eine Forderung der breitesten Massen handelt. Hier dagegen will man unter dem Schutze des Burgfriedens gewissermaßen im Tauchboot eine so wichtige, vielumstrittene Materie noch schnell vor dem Ende des Krieges in den sicheren Hafen bringen! Man behauptet, es handle sich hier um eine Erschwerung der Fideikommißbildung, dabei wird der Stempel, mit dem jede Fideikommißbildung zu versehen ist, in ganz unverantwortlicher Weise wesentlich herabgesetzt. (Hört, hört! links.) Wenn der Satz Noblesse oblige (Adel verpflichtet) noch irgend eine Bedeutung in Preußen haben soll, erwarte ich, daß diese Steuerherabsetzung im Interesse des Großgrundbesitzes in dieser Zeit der höchsten Not des Vaterlandes nicht Gesetz werden wird. (Bravo! links.) Interessant ist die Tatsache, daß der gebundene Grundbesitz weniger steuerkräftig ist, also weniger Ertrag liefert, als der ungebundene. (Hört, hört! links.) Glaubt man wirklich, daß die heutige Zeit dazu geeignet ist, solche Vorrechte des Adels gesetzlich festzulegen? Wir lehnen die Vorlage ab. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Leinert (Soz.):

Die Rede des Ministers atmete sehr wenig von dem Burgfrieden, der 1914 vereinbart worden ist. (Sehr richtig! links.) Nach meiner Ansicht ist ja der Burgfrieden heute gar nicht mehr vorhanden. Nach dem Minister ist alles, was den agrarischen Interessen nützt, mit dem Burgfrieden vereinbar. Schon 1848 wurde durch das Frankfurter Parlament die Bildung von Fideikommissen verboten. Jetzt wird das Gesetz eine wesentliche Erweiterung der Fideikommisse zur Folge haben. Die Vorzüge des Großgrundbesitzes haben mit der Frage des gebundenen Grundbesitzes gar nichts zu tun. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Oder will der Minister etwa, daß der gesamte Großgrundbesitz fideikommissarisch gebunden wird? Der leitende Gesichtspunkt für die Regierung ist jedenfalls, diese Bevorzugung des Großgrundbesitzes vor der gefürchteten Neuorientierung unter Dach und Fach zu bringen. Es gilt, die Junker unter allen Umständen auch bei der Neuorientierung auf der Oberfläche zu halten. Es werden hier Standesvorrechte, es wird ein ganz besonderes Familienrecht für die Fideikommißbesitzer geschaffen. Man will eine Art Abglanz einer Monarchie auf dem Lande schaffen. Wurden doch auch im Herrenhause die Fideikomißbesitzer als die festesten Stützen der Monarchie bezeichnet. In der heutigen Zeit, wo der Krieg als demokratischer Gleichmacher wirkt, will man ein neues Feudalrecht für die Junker schaffen. Mit dem Grundsatze: Dem Tüchtigsten freie Bahn! ist die Vorlage unvereinbar. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nicht die Tüchtigkeit soll entscheiden, wer Fideikommißbesitzer wird, sondern die Erbfolge! Trottel und unfähige Leute können so in den Besitz all der Vorrechte kommen, die mit dem Fideikommiß verbunden sind! Hier gilt der Grundsatz: Dem Unfähigsten staatliche Hilfe! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Soll das die Neuorientierung sein? Die Großgrundbesitzer verbringen hier, daß der Staat ihnen ein standesgemäßes Leben garantiert. Dasselbe Recht hat aber jeder andere Staatsbürger. Garantieren Sie dem Arbeiter den standesgemäßen Lebensunterhalt durch Schaffung von Mindestlöhnen usw. Dann würden Sie wenigstens der großen Masse helfen, was mehr im Interesse der Allgemeinheit liegen würde, als diese Bevorzugung einzelner Weniger. – Die erforderliche Gegenmitgung der Fideikommisse und Stammgüter wird natürlich nach politischen Gesichtspunkten erfolgen. So sichert sich die Regierung eine ihr genehme politische Gesinnung auf dem Lande. Die Regierung schafft sich so eine Prätorianergarde, die von größtem Einfluß auf dem Lande ist. Diese Leute sind dann auch die geborenen Gesetzgeber, die Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes im Herrenhause, die eigentlich von der Beratung dieses Gesetzes ausgeschlossen werden müßten nach dem Grundsatze, daß niemand bei Gesetzen mitwirken darf, bei denen es sich um seine persönlichen Angelegenheiten handelt.

Wir legen Protest ein gegen die Beratung dieses Gesetzes in der heutigen Zeit. Es gibt wirklich viel wichtigere Materien, die heute der Regelung bedürfen. (Sehr wahr! b d. Soz.) Fangen Sie lieber unten an zu reformieren. Wenn Sie den Familien ein besseres Gefüge geben wollen, so sorgen sie zunächst dafür, daß dies bei den Arbeitern, der großen Masse des Volkes, möglich wird. (Sehr gut! b. d. Soz.) Oder sind vielleicht die Familien der Fideikommißbesitzer in ethischer Beziehung soviel schlechter gefügt als die Familien der Arbeiter? 1915 haben die Konservativen ausdrücklich erklärt, daß sie mit Rücksicht auf den Burgfrieden auf die Weiterberatung der Vorlage verzichten. (Hört, hört! links.) Diese Zeit, wo alle Welt den Atem anhält wegen der kommenden Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze, wo eine furchtbare Spannung besteht, was eigentlich mit unserem Vaterlande werden wird, diesen Augenblick hält die Regierung für angemessen, ein Gesetz einzubringen, das ausgesprochenermaßen Standesvorrechte für die Großgrundbesitzer bringt, der mittelalterliche Einrichtungen konservieren will. Das ist eine Zumutung, die einstimmig von diesem Hause hätte zurückgewiesen werden müssen. Daß das nicht geschieht, deutet zu darauf hin, welches Interesse die Herren an diesem Gesetze haben. Warum fängt man nicht mit dem Gesetz an, das heute jeder Preuße erwartet? Warum legt man uns nicht

ein Gesetz zur Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts

vor? (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn Zeit genug ist, für einige tausend Menschen besondere Vorrechte und finanzielle Vorteile zu schaffen, dann muß auch Zeit sein, um für das ganze Volk politische Gleichberechtigung zu schaffen durch Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts. (Sehr gut! b. d. Soz.) Aber es liegt ihnen daran, jetzt die Vorrechte für die Großgrundbesitzer unter Dach und Fach zu bringen, weil sie fürchten, daß Sie sie nachher nicht erreichen können, wenn erst das Wahlrecht geändert ist. Das Volk hat ja das „Versprechen", daß eine Neuorientierung kommt, daß das Wahlrecht geändert wird. Also Taten für die Großgrundbesitzer und Versprechungen für das Volk! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das neue Wahlrecht soll doch natürlich die Privilegien, die heute bestimmte Klassen haben, abschaffen. (Präsident: Graf Schwerin-Löwitz: Wir verhandeln jetzt nicht über das Wahlrecht! – Zuruf b. d. Soz.: Leider!) Wenn man dort nicht will, daß Privilegien aufrecht erhalten werden, darf man nicht beim Fideikommißgesetze neue Privilegien schaffen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir fordern Beseitigung der Privilegien auf allen Gebieten. Wir müssen die Folgerungen ziehen aus dem einmütigen Willen des deutschen Volkes, gemeinsam zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenzustehen. Diese Folgerungen ziehen Sie nicht, wenn Sie eine Minderheit, die nicht mehr für das Vaterland tut als die Arbeiterklasse, bevorrechten. Handeln Sie umgekehrt: speisen Sie die Fideikommißbesitzer mit Versprechungen ab, die dann eingelöst werden können, wenn das Wahlrecht da ist. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Justizminister Beseler wendet sich gegen die Abgg. Waldstein und Leinert.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. A. Hoffmann (Soz. alle Richtg.): Es widerspricht allen parlamentarischen Gewohnheiten, nach einer Ministerrede Schluß zu machen. Sogar wenn eine Debatte schon geschlossen ist und der Minister noch das Wort nimmt, so ist sie wieder eröffnet. Sie haben ja auch hier nur Schluß gemacht, weil die Polen uns das Wort abgetreten hatten.

Abg. Hofer (Soz. a. N.): Ich bin durch den Schlußantrag verhindert worden, gegenüber dem Minister darzulegen, daß lediglich wir als diese Vorlage die Wahlrechtsvorlage wäre. Außerdem bin ich verhindert worden, Herrn Delbrück zu fragen, ob er mit dem „Zufall" vielleicht die vorzeitige Mobilmachung des Berliner Lokal-Anzeigers gemeint hat.

Die Vorlage wird hierauf gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler, Polen und Sozialdemokraten einem Unterausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen. Der Antrag Aronsohn (Vpt.) wird nicht mit überwiesen, er kommt später zur zweiten Lesung.

Aus der Provinz.

Auch ein Kriegsschicksal.

Der Verein chemischer Fabriken in Zeitz kann seine Dividende von 5 auf 20 Prozent erhöhen. Gleichzeitig wird das Aktienkapital durch Ausgabe von Gratis-Aktien, um 1 Million, auf 4 Millionen Mark, erhöht.

Das Unternehmen, das im Frieden Superphosphate erzeugte, hat, nachdem es eine Zeitlang 8 Prozent Dividende verteilte, verlagt, so daß das Grundkapital von 3 auf 3 Millionen herabgesetzt werden mußte. Der Kurs war Ende Juli 1914 auf 61,50. Im Kriege ist das Unternehmen zur Herstellung von Fettsäure und Glyzerin übergegangen und hat dabei so glänzende Ergebnisse erzielt, daß sich bei im Steuerkurszettel ausgewiesene Preis der Aktie fast verdreifacht hat. Interessant ist, daß die Aktienmajorität im Februar 1914 von der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik zu 130 bis 150 Prozent übernommen wurde. Die Badische Anilin- und Sodafabrik hat das Unternehmen während des Krieges zu 250 Prozent verkauft. Da durchaus nicht gewiß ist, ob die Glyzerin- und Fettsäure-Produktion auch nach dem Kriege noch so rentabel sein wird wie heute, so besteht die Möglichkeit, oder besser die Wahrscheinlichkeit, daß die augenblickliche Kurse der Aktie zu mechanisch nach der Kapitalisierung der Dividende bestimmt sind und die Zukunftsaussichten zu wenig berücksichtigen. Jedenfalls ist sehr auffällig, daß ein Unternehmen, wie die Badische Anilin- und Soda-Fabrik, die Aktienübernahme als Spekulationsobjekt behandelt hat.

Frischerhaltung von Magermilch mit Wasserstoffsuperoxyd.

Die ungenügende Versorgung der Städte und größeren Gemeinden mit Milch, die hauptsächlich auf den starken Rückgang in der Milcherzeugung zurückzuführen ist, macht es wünschenswert, die Milchlieferungsbeziehungen der Bedarfsgemeinden zu erweitern und ihnen nach Möglichkeit neue Quellen, vor allem auch neue Magermilchbezugsgebiete zu erschließen. Die Erreichung dieses Ziels war aber bisher durch die Empfindlichkeit der Milch, und besonders der Magermilch, gegen weitere Transporte außerordentlich erschwert. Die Pasteurisierung ist zwar eines der Mittel zum Ziel, doch ist ein vollkommenes Pasteurisierungsverfahren, besonders in den jetzigen Zeiten, nicht überall durchführbar. Gründliche Versuche maßgebender Behörden haben jetzt gelehrt, daß nichtpasteurisierte Magermilch durch einen bestimmten Zusatz von Wasserstoffsuperoxyd unter geeigneter Behandlung wenigstens 24 Stunden haltbar gemacht werden kann, ohne daß hierdurch irgendeine schädigende Wirkung für die Gesundheit hervorgerufen wird. Die Reichsstelle für Speisefette hat auf Grund der Vorschrift des § 11 der Verordnung vom 3. Oktober 1916 nunmehr eine Anordnung über die Zulassung von Wasserstoffsuperoxyd zur Frischerhaltung von Magermilch erlassen, die im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger veröffentlicht ist. In dieser Anordnung wird darauf hingewiesen, daß Magermilch, die vorschriftsmäßig mit Wasserstoffsuperoxyd behandelt ist, für die Zwecke des menschlichen Verkehrs in den Handel gebracht werden kann, daß aber solche Milch an Säuglinge nicht verabfolgt werden darf.

Schkeuditz. Die Ausgabe der Fleischkarten und Brotmarken für die Monate Februar und März erfolgt in den besonders bekanntgemachten Ausgabestellen während der üblichen Verkaufsstunden am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag. Die Aushändigung der Fleischkarten und Brotmarken erfolgt nur an Erwachsene. Die Fleischkarten und Brotmarken sind sorgfältig aufzubewahren, da Ersatz hierfür nicht ausgegeben wird. Bei Empfangnahme sind die Fleischkarten und Brotmarkenhefte genau nachzuprüfen, da spätere Ausstellungen nicht berücksichtigt werden. Die Fleischkarten werden nur dann ausgehändigt, wenn die Stammblätter der Fleischkarten für die Monate Dezember und Januar zurückgegeben werden. Auf den Stammkarten muß der Name des Karteninhabers eingetragen sein. Bei der Ausgabe der Fleischkarten für Monat April müssen die Stammblätter der für Februar und März gültigen Fleischkarten zurückgegeben werden.

– Ein wiedergefundenes Geschirr. Vor einigen Tagen war dem Gutsbesitzer Reinhardt in Beuditz sein Knecht mitsamt dem Geschirr durchgegangen. Das Geschirr hat sich hier im Adler gefunden, der Knecht aber hat das Weite gesucht.

Wansleben. Mit Pferdundwagen durchgebrannt. Der Bauer Donarait aus Höhnstedt hatte am vergangenen Sonnabend morgen seinen Knecht, den er erst am Mittwoch in Arbeit genommen hatte, beauftragt, in Oberröblingen eine Fuhre Kohlen zu holen. Der neue Knecht zog es aber vor, nach Halle zu fahren, um die Pferde dort zu verkaufen. Einen Hausdiener in einer Wirtschaft, in der das Geschirr untergebracht war, fiel es auf, daß die Pferde verschwunden waren. Die Polizei wurde benachrichtigt, und es gelang ihr, den ungetreuen Knecht mit einem Komplizen festzunehmen. Die Pferde hat der Bauer jetzt wieder erhalten.

Polleben. Schweres Grubenunglück auf dem Bitzthumschacht. Sonnabend vormittag während des Schichtwechsels sind auf dem Bitzthumschachte drei Bergleute bei Sprengungsarbeiten verunglückt. Das Unglück entstand durch einen verspätet losgegangenen Schuß. Der Bohrer Franke aus Polleben ist schwer verletzt an den Beinen, an der Brust und im Gesicht. Der 31jährige Paul Elser, verheiratet und Familienvater, aus Thondorf wurde sofort getötet. Ein dritter Bergmann aus Volkstedt erlitt Hautabschürfungen im Gesicht.

Eisleben. Oeffentliche Versammlung. Nachdem am letzten Sonntag eine Bergarbeiterversammlung sich mit dem Hilfsdienstgesetz beschäftigte, soll am kommenden Sonntag sich eine öffentliche Versammlung ebenfalls mit diesem Thema beschäftigen. Sie findet im Bürgergarten statt.

Wolfen. Ein schwerer Arbeitsunfall ereignete sich auf der hiesigen Filmfabrik. Der dort beim Rangieren von Eisenbahnwagen beschäftigte Arbeiter Theile kam so unglücklich zwischen die Puffer, daß der Brustkasten schwer verletzt wurde. Es besteht Hoffnung, daß der Verunglückte mit dem Leben davonkommt.

Eilenburg. Wasserschäden. Gestern früh erfolgte in der Hügelstraße infolge der strengen Kälte ein Wasserrohrbruch. Durch das auströmende Wasser wurde durch Wegspülen des Triebsandes die Untermauerung des Hinterhauses des Liebertschen Grundstückes Weinbergstraße 7/8 beschädigt. Der Bergstadtteil war längere Zeit ohne Wasser; auch in der inneren Stadt machte sich der Rohrbruch durch schwachen Druck bemerkbar.

– Feldpostdiebstähle. Wegen Diebstahls von Feldpostpaketen wurden die Postaushilfsarbeiter Artur Zeh und Ernst Möbius festgenommen.

Mühlberg. In der Stadtverordnetensitzung wurden der Vorsitzende, sein Stellvertreter, der Vertreter des Schriftführers und auch die Mitglieder der einzelnen Kommissionen wiedergewählt. Dann erfolgte die Beschlußfassung über die Ausscheidung einiger Parzellen aus dem Stadtbezirke zwecks Vereinigung mit dem Gutsbezirk Borschütz. Es handelt sich lediglich um Straßenland. Einstimmig wurde beschlossen, die Altersgrenze für die Zugehörigkeit zur Pflichtfeuerwehr für die Dauer des Krieges von 50 auf 60 Jahre zurückzuverlegen. Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Soziales.

Bäckereiarbeiterschutz in verschiedenen Ländern.

Der dänische Minister Stauning hat als Mitglied des Folkethings diesem einen Antrag des Dänischen Bäcker- und Konditorei-Verbandes, wegen Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien, unterbreitet. Daß der Verband sich an den Reichstag wendet, statt diese Frage auf dem Organisationswege zu lösen, ist auf die Verhältnisse der Lehrlinge zurückzuführen, denn nach dem bestehenden Gesetze könnten die Unternehmer die Lehrlinge zur Nachtarbeit in den Bäckereien anhalten. Nachdem das der Nachtarbeit für die Arbeiter entstehenden Nachteile erwähnt sind, wird in dem Antrag auf die in andern Ländern in dieser Angelegenheit geschaffenen Maßnahmen hingewiesen. – In Norwegen ist die Arbeit in den Bäckereien in der Zeit von abends 8 Uhr bis 6 Uhr morgens auf einige bestimmte Arbeiten beschränkt, und es besteht die begründete Aussicht, daß die Nachtarbeit bald gänzlich verschwinden wird. In Schweden, wo ebenfalls eine Beschränkung in der Nachtarbeit durchgeführt worden ist, liegt dem Reichstag ein von Bäcker-Verband zugestellter Antrag auf vollständige Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien vor. – In Frankreich ist man zum wöchentlichen Ruhetage gelangt und es wird für eine weitere Einschränkung der Arbeitszeit lebhaft agitiert. Vom italienischen Parlament wurde im Jahre 1909 die Nachtarbeit verboten und auch die Sonntagsruhe ist den italienischen Bäckereiarbeitern gesichert. In Oesterreich ist neben dem Ruhetag eine starke Beschränkung der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge eingeführt worden.

Griechenland nahm im Jahre 1912 ein Gesetz an, wonach die Arbeit in den Bäckereien von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens verboten ist. Nur Freitags darf bis 1 Uhr nachts gearbeitet werden. – Auch in Finnland ist die Arbeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten. Als Ausnahme kann insgesamt in zehn Nächten in einem Jahre, aber nur in je zwei aufeinanderfolgenden Nächten, gearbeitet werden. Vor Sonnabend und am Tage vor einem Feiertag wird von 5 bis 6 Uhr nachmittags gearbeitet. – In England und in Nordamerika dürfen Lehrlinge und jugendliche Arbeiter an der Nachtarbeit nicht teilnehmen. – In Australien ist die Nachtarbeit stark eingeschränkt, so daß sie fast eine Ausnahme bildet. – Auch die in Deutschland in der Kriegszeit im Bäckergewerbe eingetretenen Veränderungen der Arbeitsverhältnisse werden als Begründung zur Beseitigung der Nachtarbeit in den Bäckereien angeführt.

Allerlei.

Lieber für die Schweine . . .

Vor dem Schöffengericht in Riesa (Sachsen) hatten sich wegen Ueberschreitung der Höchstpreise der Rittergutsbesitzer J. und dessen Ehefrau aus Merzdorf zu verantworten. Im September 1916 verkauften die Angeklagten an das Eisenwerk Lauchhammer 75 Zentner Kartoffeln für einen Preis von 5,50 Mark für den Zentner. Der Gemeinde Gröba wurden 500 Zentner geliefert. Hier wurde der zulässige Preis von 4 Mark für den Zentner verlangt. Der Gemeindevorstand Müller wollte für die Gemeinde Merzdorf von Angeklagten 1200 Zentner geliefert haben. Ihm wurde gesagt: Für 4 Mark verkaufe ich seine Kartoffeln, da füttere ich sie in die Schweine. Ein Zeuge hat den J. auf die Bekanntmachung vom 2. Oktober über die Höchstpreise aufmerksam gemacht. Der Angeklagte soll erwidert haben: Was im Blatt steht, geht mich gar nichts an. Auch dieser Zeuge mußte für den Zentner 5,50 Mark zahlen. Etwa 100 Zentner sollen auf diese Art an kleine Leute im Orte verkauft worden sein. Der Angeklagte will von den Höchstpreisen wohl Kenntnis gehabt haben, der Verkauf sei je-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170123-14/fragment/page=0003

doch von seiner Frau besorgt worden. Die Ehefrau will wieder keine Kenntnis von den Höchstpreisen gehabt haben. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 300 Mark, gegen die Ehefrau auf 100 Mark Strafe. — Ueber die Höhe der Strafe braucht sich das Paar jedenfalls nicht zu beschweren; mildere Richter konnte es schwerlich finden.

Ein schweres Bootsunglück.

hat sich auf dem Zeller See bei Salzburg ereignet. Bei der Ueberfahrt nach Zell kippte ein Kahn um, wobei sieben Personen ertranken. Die Mehrzahl der Leichen konnte noch nicht geborgen werden.

Eisenbahnunglück bei Weimar.

Aus Weimar meldet die M. Z. unterm 22. Januar. Heute morgen 6 Uhr fuhr der Stuttgart-Berliner D-Zug Nr. 37 kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof Weimar an der sogenannten eisernen Brücke auf den dort rangierenden Eilgüterzug auf. Ueber die Anzahl der Toten ist genaue Auskunft nicht zu erlangen. In der Hauptsache ist Zugpersonal verletzt worden. — Nach der amtlichen Meldung sind drei Eisenbahnangestellte tot, einer verletzt.

Schließung von Brauereien. Einige große Brauereien in Nordböhmen, darunter das Bürgerliche Brauhaus in Saaz, stellten die Betriebe ein. Weitere Brauereien, darunter die des Fürsten Clary in Turn, werden im März schließen.

Briefkasten der Redaktion.

B. H., Feldabonnent. Von einer Verpflichtung, eine derartige Auszeichnung dauernd zu tragen, kann keine Rede sein.

P 112. Mit dem Hauskauf sind Sie auch in die Rechte des früheren Besitzers den Mietern gegenüber eingetreten. Wenn also eine Mieterin ohne Kündigung ausgezogen ist, so haben Sie das Recht, die Miete bis zum Ablauf der nötigen Kündigung einzuziehen.

H. D. Die Familienunterstützung ist noch auf den folgenden halben Monat weiterzuzahlen. Wenn Sie also am 30. Dezember 1916 entlassen sind, muß die Unterstützung noch bis 15. Januar 1917 voll bezahlt werden.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Mittwoch, den 24. Januar: Neblig, trübe, mäßiger Frost, nirgends wesentliche Niederschläge.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Kowalg; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Walhalla-Theater

Berlins grösster Operettenschlager!

„Der Soldat der Marie“

Ausstatt.-Operette in 3 Akt. v. Buchbinder, Kren u. Schönfeld.

Musik von Leo Ascher. 3822

Marie . . . Frl. Dusedan vom Berliner Theater des Westens a. Gast.

Mariette . . . . . Frl. Tilde Ziemann.

Marianne . . . . Frau Paula Doreani als Gast.

Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Anfang ½8 Uhr.

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Mittwoch, nachmittag:

Frei-Konzert.

3818 Die Geschäftsleitung.

U.T Leipzigerstrasse 88.

Fernsprecher 1224.

Der fünfte Film der Siegerklasse!

Gunnar Tolnäs als glutvoller Orientale.

„Die Lieblingsfrau des Maharadscha“

Ein indischer Liebesroman in 4 Akten.

Vorführung: 4.30 6.30 8.50 Uhr.

Bedeutend verstärktes Orchester.

Alte Promenade 11a.

Fernsprecher 5738.

Stuart Webbs

12. Abenteuer

Gräfin de Castro

Detektivdrama in 4 Akten.

Vorführung: 5.00 7.00 9.20.

Heiratskontor Lindenbaum.

3 Akte voll köstlichen Humors.

Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr. 3823

Konzerthaus „Oberpollinger“.

Ecke Gr. Ulrichstrasse. Jägergasse 1.

Neue Kapelle. Täglich: Gr. Künstler-Konzert Neue Kapelle.

des Damen-Orchesters „Preciosa“, 7 Damen, 1 Herr.

Glocken-, Xylophon- und Geigen-Soli. 3596

Um regen Zuspruch bittet Frau Elsa Beth.

Neu! Neu!

Arbeitsmarkt

Arbeiter u. kräftige Arbeiterinnen

(Hilfsdienstpflichtige)

für Braunkohlenbohrungen werden sofort eingestellt bei den Bohrstellen:

Aschersleben
Bitterfeld
Frankleben b. Merseburg
Göthewitz b. Webau
Limburg a. Lahn
Nietleben
Rheinland
Theißen b. Zeitz
Wernsdorf b. Merseburg
Zeschwitz b. Zwenkau i. S.

Zu melden bei

Gebr. Rich. & Max Schmidt,

Tiefbohr- und Brunnenbau-Gesellschaft,
Hohenturm bei Halle.

P1332

Hall. Genossenschafts-Buchdruckerei

(e. G. m. b. H.)

Halle a. d. S. Harz 42-44

empfiehlt sich Verbänden, Vereinen und Privaten zur Herstellung aller Arten von

Druckarbeiten

unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung, bei zivilen Preisen

3824

Fertige Sohlen

aus gebrauchtem Treibriemen wieder zusammengesetzt, verkauft bill.

*1278 **J. Sternlicht,** Alter Markt 11. Fernruf 1388.

Filz- und Leder-Schuhwaren

in jeder Ausführung. 3605

— Vorteilhafte Preise. — Grosse Auswahl. —

Im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Paul Leuschner, Halle a. d. S., F.

Zigarren- und Zigaretten-Versand,

Hauptgeschäft Mittelwache 9-10. Fernruf 2687. Zweiggeschäft Harz 50.

Engros-Vertrieb der Zigaretten-Fabriken **Yenidze, Eckstein, Manoli, Union, Reunion etc.**

Zigarren nur erster Firmen.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. — Versand nach auswärts.

Praktischer Wegweiser

empfehlenswerter Einkaufsquellen

Erscheint wöchentl. einmal **Halle a. S.-Land** Zur Beachtung empfohlen

Bitterfeld

Bitterfelder Biere sind erstklassig.

H. Richter, Kaiserstr. 1b Uhren, Goldwaren, Optik Reparaturwerkstatt.

A. Röhel Kolonialwaren Innere Bismarckst. 40

Oswald Sucher, Kaiserstr. 8 Schleiferei, Solinger Stahlwaren.

C. Trabitzsch Cigarr., Cigarett. Kaiserstr. 58.

Hettstedt

S. Rosenberg Konfektion und Manufakturwaren

Sangerhausen

Herm. Bader Apoth. Sangerhausen gegr. 1866 Lieferant für alle Krankenkassen Allopatie u. Homöopathie. Verbandstoffe, Drogen, Chemikalien.

Delitzsch

Besuchen Sie das **Lichtspiel-Theater** Kulmbacher Bierhalle.

H. Hetze Nachfl., Damen-Putz.

F. Praller, Manufakturwaren.

W. Rohn, Brotbäckerei.

M. Riesaler Kinderwag. Korbwaren 5%

Wittenberg

Besuchen Sie das **Lichtspiel-Theater** Mittelstraße 9.

Trinkt Wittenberger Aktien-Bier

Aug. Linke Hüte Mützen, Pelz- u. Filzwaren.

Merseburg

Bürgerliches Brauhaus Merseburg ff. Biere und alkoholfreie Getränke

Meuschauer Mühle, G. m. b. H. Merseburg Herstellung von Ia Weizen- u. Roggenmehlen, alle Sorten Futterartikel in best. Qualität. zu billigsten Tagespreisen.

Th. Ebert Entenplan 13, Mechaniker, Optiker

Eisleben

Eisleber Aktienbierbrauerei Eisleben empfiehlt ihre ff. Biere und alkoholfreien Getränke.

Torgau

Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei **Herm. Leibnitz**

Paul Kobisch Kaufhaus Bäckerstr. 6

Zahna

O. Hartmann Kolonial-, Eisen-, Kurzwaren, Werkzeuge

Amtliche Bekanntmachungen.

Spitzbein-Verkauf.

Der Verkauf der der Stadt überwiesenen Spitzbeine zum Preise von 0.90 M. für das Pfund, wird am **Mittwoch den 24. Januar 1917 in der Talamtschule fortgesetzt.**

Zugelassen werden zum Einkauf die Inhaber der rosa sowie der grauen Lebensmittelscheine mit den Nummern 1 — 70000. Die Abgabe erfolgt von 8—12 Uhr vormittags an die Inhaber der rosa Lebensmittelscheine und von 2—6 Uhr nachmittags an die Inhaber der grauen Lebensmittelscheine.

Beim Einkauf sind die betr. Lebensmittelscheine und die Reichsfleischkarte vorzulegen, von der der Abschnitt „K“ abzutrennen ist.

Es entfallen auf Haushalte mit 1—2 Personen ½ Pfund, 3—4 Personen 1 Pfund, 5—6 Personen 1½ Pfund und so fort. Das Geld ist abgezählt bereit zu halten.

Halle, den 23. Januar 1917. Der Magistrat.

Vereins-Anzeiger

zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender **Veranstaltungen** der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.

Freitag den 26. Januar 1917, pünktlich abends 8½ Uhr, im Volkspark:

Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Mittwoch um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte“

Turnstunden: Turnhalle Oberrealschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.

Sonnabend den 27. Jan., abends Punkt 8 Uhr, im Volkspark: Versammlung.

Touristen-Ver. „Naturfreunde.“

Sonntag den 28. Jan.: Tagestour in den Unterharz. Abfahrt: 5 Uhr 3 Min. Kosten: 2.40 Mk. Führer: H. Brückner.

Apollo-Theater

Täglich, abends 7¾ Uhr:

„Indien in Europa“

Großer exotischer Dressurakt. Elefanten, Kamele, Pferde.

Harry Morton,

der berühmte Ausbrecherkönig.

3820

und die übrigen großen Kunstkräfte.

Stadt-Theater Halle

Direktion: Leopold Sachse.

Mittwoch den 24. Januar 1917, nachmittags 3½ Uhr:

Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen.

Dornröschen,

Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von C. A. Görner.

Abends 7½ Uhr: 3821

Erstaufführung:

Don Juans letztes Abenteuer.

Oper in drei Aufzügen. Musik von Paul Graener.

Donnerstag, d. 23. Januar 1917:

Die beiden Schützen.

Därme

zum Hausschlachten, trocken und gesalzene, empfiehlt sehr billig

Gustav Paproth, Halle, Kl. Ulrichstraße 1. 3594

Der Lehrmeister

im

Garten- u. Kleintierhof,

Obst- und Gartenbau, Blumenpflege, Geflügel-, Hunde-, Kaninchen-, Schweine-, Ziegen-, Fisch- und Bienenzucht, Aquarien- u. Terrarienkunde.

Diverse Jahrgänge

mit vielen hundert Abbildungen und farbigen Kunstbeilagen.

Gebunden 3.00 M. (Ladenpreis 8.00 M.)

Im Quartal 1.12 M., erscheint wöchentlich.

Abonnenten werden jederzeit angenommen durch die Expedienten und Zeitungsausträger des Volksblattes.

Die Volks-Buchhandlung,

Halle a. d. S., Harz 42/44.

Filz-Einlegesohlen

en gros u. en detail verkauft billigst **J. Sternlicht,** Alter Markt 11. *1828

Waschgefäße, dauerhaft. billigst.

*1242 **Zander,** Gr. Klausstraße 12.

Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Mode-Zeitungen empfehlen die Volksbuchhdlg.

Siegreich

brennende

Kriegs-**Zigarren**

in Feldpostbriefen

(fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei)

empfiehlt in bekannter Güte

J. Sanow

Nachf. (H. Spengler),

Geiststrasse 5. †

Fragen der weiblichen Berufswahl.

Ein Buch für Töchter und Eltern von

Nelly Wolffheim.

Preis 1.20 Mk.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung,

Halle a. d. S., Harz 42/44.

Familien-Nachrichten.

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher, Filiale Halle.

Wiederum büßten wir als Opfer des Weltkrieges folgende Kollegen ein:

Hartung, Paul, Halle,
Cederlöff, Oskar, Halle,
Myrhe, Herm., Wittenberg.

Hier am Orte sind gestorben die Kollegen:

Gustav Deinert, Maler,
Otto Apel, Lackierer.

Die Kollegen werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren! 3816

Die Ortsverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170123-14/fragment/page=0004

Halle, 23. Januar.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 19 — 1917

271

Die achte Todsünde.

Roman von Ludwig Bendler.

Nachdr. verb.

Baireuth — da sah es Charlotte nach achtstündiger Fahrt im Morgenschimmer vor sich liegen, die einstmalige Residenz mit ihrer Einwohnerzahl von heute dreißigtausend. Zwei Jahre, in allerneuester Zeit ein Jahr hindurch, pflegt man für gewöhnlich nicht viel nach ihr zu fragen; still liegt sie da, bis dann nach gedachtem Zeitraum immer mal auf die Dauer von einigen Wochen der Teufel dort los ist.

Mit tatkräftiger Hand, mit unermüdlichem Eifer, das muß selbst der Neid zugestehen, wird für diese Stadt als Festplatz Stimmung gemacht, wird dort weiter lebendig zu erhalten versucht, was ein Genie aus mühseligen Anfängen zu beispiellosem Erfolge führte. Als Pietäts-, wohl auch als Akt geschäftlicher Klugheit sind diese Bemühungen begreiflich, die Frage, ob ihr Wert für eine Kunstentwicklung heute noch Hand in Hand damit geht, steht dahin.

Wagners Reformideen, sein Stil, haben sich dank seiner persönlichen vulkanischen Kraft längst als Gemeingut auf die ganze gebildete Welt übertragen. Städte wie Berlin, Wien, München, Dresden bieten fortgesetzt Musteraufführungen Wagnerscher Werke, man braucht nicht mehr nach Baireuth, um sie würdig zu empfangen.

Wenn trotzdem Fachleute, wie in diesem Falle Wahlberg, der Stadt auch heute noch nicht fernbleiben, so geschieht es meist aus ähnlichen Gründen, wie sie zum Besuch der jetzt „Mode“ gewordenen anderen Festspiele in München, Wiesbaden, Köln auch Veranlassung geben. Man sucht bei solchen Gelegenheiten diesen oder jenen an der Aufführung beteiligten Künstler auf, man hofft Neues zu erfahren und verhandelt wegen künftiger Unternehmungen. Zuweilen hat man gar wohl die Freude, alten Bekannten, die man längst verschollen oder nicht mehr unter den Leben glaubte, noch einmal zu begegnen.

Daß für Wahlberg, der auch erst zwei Tage vorher aus der Schweiz eingetroffen war, gerade im Augenblick nichts anderes in Betracht kam, als Charlottes Empfang und ihre Interessen, erscheint begreiflich.

Während er selbst, früherer Gewohnheit gemäß, im Hotel zum schwarzen Roß wohnte, hatte er für Charlotte bei einer Baireuther Familie, die während der Festspieltage einige Zimmer abgab, Unterkommen gesichert. Seinen eigenen Platz im Theater, da andere nicht mehr zu bekommen waren, hielt er für sie bereit und stand nun, ausgerüstet mit den schönsten Rosen, die Baireuth hergab, in frühester Morgenstunde freudig erwartungsvoll am Bahnhof, um das geliebte Mädchen zu empfangen.

Da fuhr rumpelnd und fauchend der Zug in die Halle ein.

Wie entzückend sie aussah, als sie in heller schicker Reisekleidung dem Wagen entstieg. Viel hätte der Professor darum gegeben, die jugendlich geschmeidige Gestalt in die Arme schließen, ihren reizenden Mund mit Küssen bedecken zu können, aber die Umgebung, die Verhältnisse legten ihm Fesseln auf.

Mit einem aus tiefster Seele emporklingenden „Grüß Gott“ trat er auf sie zu, zunächst die Rosen als zartes Angebinde ihrem Besitz überlassend.

„Geht es gut?“ fragte er dann nur, mit Rücksicht auf den regen Verkehr ringsherum unter absichtlicher Vermeidung des „Du“, schaute sie aber um so zärtlicher und sprechender an.

„Ganz gut,“ lautete ihre Antwort. „Wie sollte es auch nicht, da ich jetzt — da ich bei — da ich hier sein darf.“ Dankbar und verständnisinnig sah auch sie zu ihm auf.

Eine Droschke führte beide zunächst nach der für Charlotte gemieteten Wohnung, wo sie den Staub der Reise abschüttelte, dann ins Café Luitpold, das zu gemeinschaftlichem Frühstück behaglichen Aufenthalt bot.

Um nicht mit Häßlichem zu beginnen, berichtete Wahlberg zunächst von der Großartigkeit der Schweiz und daß es nun auch Charlotte bald vergönnt sein werde, mit eigenen Augen die Wunder jener schönen Welt zu betrachten. Da schon Ende September einige Konzerte stattfänden, in denen sie beide gemeinsam wirken sollten, und zwar das erste gleich in Genf, so liege wohl die Möglichkeit vor, dann zuweilen auch noch einige Stunden im Freien zu verleben.

„Gerade bei klarem Septemberhimmel,“ erklärte er, „wirst du staunen, einen Eindruck von der Herrlichkeit der Gegend, mit dem Montblanc in azurblauer Ferne zu erhalten.“

„Mit dem Montblanc? Ei, Liebster, dann —,“ leise bat Charlotte und sah sich aufmerksam um, ob keiner aus der Nachbarschaft sie höre, — „dann fahren wir auch gleich nach Chamounix, nicht wahr?“

„Nach Chamounix?“

„Ja.“

„So ein Schelm. Aber woher kommt dir gerade dieser Wunsch?“

„Ich las vor wenigen Tagen in einem Reisebericht, daß das ganz nahe bei Genf liegt, leicht zu erreichen sei, und über die Maßen schön.“

„Zugegeben —, allerdings ein Wunderland und —“ hier dämpfte auch Wahlberg seine Stimme zu vertraulichem Flüsterton, — „wenn du bis dahin schon mein kleines Frauchen bist —“

„So drehen wir den Spieß um und — ich entführe dich,“ unterbrach ihn Charlotte munter lachend. „Ja?“

„Mir käme es recht, und ich fühle mich, Gott sei's geklagt, schwach genug, dir als getreuer Troubadour zu folgen, — wohin du gehst —“

„Liebster!“

Wieder war's ein Blick voller Zärtlichkeit, den beide miteinander tauschten. —

„Also Chamunix das Ziel unserer Hochzeitsreise — abgemacht!“ entschied der Professor. „Jetzt aber — jetzt zum ernsteren Teil.“

Und in gedrängter Kürze erzählte er von Giebichenstein, von seinen unerquicklichen Erlebnissen dort und schlug Charlotte vor, alles Nötige so schonend wie möglich nach seinem Ermessen ordnen zu wollen. Ob sie einverstanden sei.

Charlotte nickte mit dem Kopfe. An Stelle des vorherigen heiteren Lachens hatte sich eine Wolke auf ihre Züge gelagert. „Was bleibt mir auch,“ war ihre Antwort, „als alles mit Vertrauen dir zu überlassen? Wie du es selbst für gut befindest, so handle.“

Nichts konnte ihr erwünschter sein als solches schnelle Hinfortkommen über jene unselige Frage. Gleichsam zärtlich dankend strich sie über Wahlbergs Arm hin. —

Nun traten sie hinaus auf die Straßen der im Augustsonnenschein lachenden Stadt.

Gerade verkündeten die Uhren von den Kirchtürmen herab die elfte Stunde. Das Leben der Festspiele setzte ein. Wo man hinsah, fröhliche Gesichter, heitere Menschen, die sich um die Mühen und Sorgen des Tages wenig kümmern ließen. Ueberall Toiletten in buntem Durcheinander von vornehm-geschmackvoller Art abwärts bis zu jenen Auswüchsen der Mode, die bezwecken, zweifelhaften Schönheiten zu einem leidlichen Ansehen zu verhelfen, geschwundene Reize, soweit es möglich, in einstigem Flor erscheinen zu lassen.

Fremartiges gab es da und Abenteuerliches im Uebermaße, das aufgeblasen seine Trümpfe ausspielt und sich der Duldsamkeit des Deutschtums freut, das selbst hier, auf der eigenen Scholle, nur die zweite Geige spielt und vor allem Nicht-Deutschen den Hut zieht.

Für den, der Autos liebt —: auch hier sah man sie reichlich im pustenden Wettkampfe gegen jene veralteten Wagen, die sich noch des Pferdes in bewegender Kraft bedienen und mit dessen bescheidenem Getrappel vergebens gegen die tonschöne Hupe des Kraftfahrzeuges anzukommen suchen. —

Eine bedeutende Anzahl von Bekannten war es, denen Wahlberg begegnete. Vor jedem dritten Hause wechselte er Grüße mit Vorübergehenden und mußte auch zu verschiedenen Malen seine Schritte anhalten, um diesem und jenem in kurzem Zwiegespräch Rede zu stehen.

Charlotte an seiner Seite fühlte sich hochbefriedigt von all dem, was sie sah und hörte, von den mancherlei neuen Eindrücken, die sich ihr, vorteilhaft und anregend, in Fülle darboten.

In der Tat, sie mußte Marianne und Frau Rosenbach recht geben: Unerhört war ihr Glück, durch ein gütiges Geschick aus erschrecklichen Verhältnissen heraus an einen so besonderen Menschen, wie Wahlberg war, gekommen zu sein —! Und nun hatte sie sogar seine Liebe gewonnen, sollte seine Gattin werden. — eine Vorzugsstellung, um die Hunderte von Frauen sie beneiden würden!

Allerdings, im Alter zählte er ja eine beträchtliche Reihe von Jahren mehr als sie, hatte mit seinen vierzig wohl gar den Höhepunkt des Lebens schon erreicht, aber was tat das im Vergleich zu seiner innigen Liebe, zu der ausgezeichneten — Versorgung, die er ihr bot.

Daß sie ihm damals ein wenig entgegengekommen war, war gewiß nicht zu verwerfen. Welches Mädchen in ihrer Lage hätte es nicht getan?

(Fortsetzung folgt.)

Zur Gedächtnispflege.*)

1880 erschienen von dem Wiener Professor Stricker die Studien über die Sprachvorstellungen. Darin finden sich interessante Selbstbeobachtungen: „Wenn ich ruhig sitze, Augenlider und Lippen schließe, dann irgendeinen bekannten Vers durch meine Gedanken ziehen lasse und dabei auf meine Sprachwerkzeuge acht gebe, so kommt es mir vor, als wenn ich gleichsam innerlich mitredete. . . . Meine Vorstellungen bezüglich des Gesanges sind gänzlich losgelöst von der Erinnerung an das, was ich gehört habe. Es geht mir mit der Musik wie mit den artikulierten Lauten: Das, was ich eigentlich vernommen habe, die Gehörseindrücke, habe ich vergessen, doch ist mir statt dessen etwas geblieben, was ich nicht von der Außenwelt bekommen, sondern mir selbst geschaffen habe. Die musikalischen Vorstellungen verdanke ich also ebenso wie die der Worte den Bewegungsinnervationen (Muskelspannungen).

Ebenso sind die Gehörserinnerungen des amerikanischen Psychologen Dodge gänzlich dürftig und schwach. Einige, aber nur einfache Liedchen vermag er innerlich zu wiederholen, nicht zu singen. Er hat nur motorische (Bewegungs-) Erinnerungen. Wenn er an ein im Theater gehörtes Singspiel denkt, so zieht es vollständig in seinem Bewußtsein einer Pantomime gleich vorüber. Die Stimmen der Spieler klingen nicht. Auch die Wortvorstellungen des Gesanges sind motorisch. Dieser Mangel ist erblich. Seine Brüder und seine Mutter können ebenfalls nicht singen.

An diesen beiden Leuten erkennen wir eine ungemein hohe Steigerung der motorischen Vorstellungstätigkeit, die sogar als Ersatz der fast gänzlich verkümmerten Gehörserinnerung eintritt. Das Auge liefert ihnen allerdings noch optische Vorstellungen. In Helen Keller aber haben wir einen (unfreiwilligen) Motoriker vor uns. Sie ist taub und blind, hat weder Gehörs- noch Gesichtseindrücke, darum auch keine entsprechenden Erinnerungen. Ihre ungemein reiche Innenwelt baut sich auf motorischen (Druck-, Kälte-, Wärme-, Bewegungs-) Geruchs- und Geschmacks-Erinnerungen auf.

Was Stricker und Dodge fehlte, besaß wiederum Mozart in reichem Maße. Das sorgfältig vor der Oeffentlichkeit gehütete, gewaltige Miserere von Allegri hörte er ein einzigesmal in der Sixtinischen Kapelle in Rom, als er vierzehn Jahre alt war. Aus dem Gedächtnis schrieb er's nieder!! Beethoven soll stets erst dann zur Feder gegriffen haben, wenn er seine Werke vollständig innerlich vollendet hatte. Seine unsterbliche Neunte Sinfonie schrieb er, nachdem er taub geworden war!! Eine solche Lebendigkeit hatten seine Gehörserinnerungen.

Wie diese beiden zeigen auch andere Musiker eine ganz erstaunliche Ausbildung solcher Erinnerungen. Wir lernen in ihnen akustische (Gehörs-) Typen kennen.

Manche Maler, Bildhauer, Dichter haben dagegen ihre Erinnerungsfähigkeit und Phantasie für Farben und Formen und Bewegungen derart gesteigert, daß sie vollendete Werke aus dem Kopfe zur Darstellung bringen. Raffael soll seine Gemälde nach inneren Bildern gemalt haben. Seine Sixtinische Madonna soll er einer Vision gleich gesehen und dann auf jenem weltbekannten Gemälde dargestellt haben. Ebenso brauchten Michelangelo und Böcklin in späterem Alter selten, fast gar nicht mehr Modelle.

Hervorragende Meister des Schachs spielen mehrere Spiele zu gleicher Zeit. Sie brauchen die Schachbretter gar nicht anzusehen. Ihren Zug führt eine zweite Person aus, die ihnen auch die Gegnerzüge der andern Spieler mitteilt. Dieses gewissermaßen blinde Spiel ist eine großartige Gedächtnisleistung. 12 bis 14 Stunden angestrengt hintereinander zweiundzwanzig Partien, gleichzeitig blind zu spielen, vollbrachte der Schachspieler Pillbury.

64 Felder hat jedes Schachbrett. 32 Krieger stehen darauf. Dazu gilt es, die gesamte Entwicklung des Spiels rückwärts und vorwärts, die eigenen, die Gegenzüge im Kopfe zu h... Daraus ergibt sich, daß das Schachspiel (besonders das Blindspielen) eine ganz vorzügliche Gymnastik des Gedächtnisses, des räumlichen Vorstellens und Denkens ist, die jedem Menschen angelegentlichst empfohlen sei. Hier spielt nicht der Zufall die Hauptrolle, wie beim Kartenspiel, sondern von Anfang an entscheidet die strategische Ueberlegenheit, weshalb die meisten unserer Heerführer das Schachspiel sehr würdigen und mit Meisterschaft spielen. Unter den bildenden Spielen verdient noch eins hervorgehoben zu werden, und besonders Eltern seien darauf aufmerksam gemacht, die ihre Kinder auch im Spiel gefördert wissen wollen: auf das Richtersche Legespiel, wo mit sieben oder acht Steinchen alle möglichen Figuren gelegt werden können. Es erzieht zu gründlichem Sehen und räumlichem, aufbauendem Vorstellen.

Diese drei Formen: optisch (Gesicht), akustisch (Gehör) motorisch (Bewegungen) begegnen uns selten in so einseitiger, hochentwickelter Form. Die meisten Menschen sind Mischtypen.

Es entsteht nun die Frage: Ist die Ausbildung dieser drei Vorstellungsseiten und ihrer Zusammenarbeit möglich und wünschenswert?

Bei Stricker und Dodge, überhaupt bei den reinen Typen, die nur mit den Erinnerungen eines Sinnesgebietes arbeiten, liegt meist ein angeborener seelischer Mangel, eine Verarmung zugrunde. Solche reinen Typen kommen aber sehr selten vor. Und Mischtypen sind nach Meumanns Forschungen sehr wohl zu besserer Ausbildung und Zusammenarbeit der einzelnen Sinnesgebiete zu erziehen. Nach ihm können fast alle angeborenen Unterschiede im Gedächtnisbereiche durch nötigenfalls jahrelange Uebung ausgeglichen werden.

Wo aber kein erblicher geistiger Mangel vorliegt, da ist durch Uebung eine staunenswerte Ausbildung möglich. Sollte darum etwa irgendwo der Gedanke auftauchen, die Schüler nach ihrem Vorstellungstyp in bestimmte Seher-, Hörer-, Motorikerklassen zu sondern, so müßte dieser Gedanke aufs schärfste seiner unerhörten Einseitigkeit wegen bekämpft werden.

Vom praktischen Standpunkte aus ist die Ausbildung und Zusammenarbeit aller Sinneskräfte vorteilhaft, denn das Leben stellt nicht immer einfache Aufgaben und tritt nicht immer an dieselben mit der gleichen Aufgabe heran.

*) Wir entnehmen diesen Artikel mit Erlaubnis des Verlags einem demnächst bei der Franckhschen Verlagshandlung in Stuttgart erscheinenden Buche von Alfred Leopold Müller unter dem Titel: Praktische Gedächtnispflege. Preis 1,80 Mk., gebunden 2,25 Mk. — Das Buch dient unmittelbar der Praxis der Gedächtnispflege und bietet sowohl den Erwachsenen wie der reiferen Jugend ein genußreiches Lesen und viele Anregungen. Sprachenlernen, Vorbereitung auf Prüfungen, überhaupt geistiges Arbeiten, das ja durch ein gutes Gedächtnis ungemein erleichtert wird, finden in dem Buche eingehende Berücksichtigung.

Kleines Feuilleton.

Die Entdeckung eines Sumpfvolkes in Südafrika.

In Stockholm ist soeben ein neuer Band des Berichts über die schwedische Rhodesia-Forschungsreise erschienen, die Graf Eric von Rosen und Professor Fries im Jahre 1911 unternommen haben, und dieser jüngste, die volkskundlichen Ergebnisse behandelnde Teil des bedeutenden Reisewerkes scheint der interessanteste zu sein. Er enthält die Lösung eines Rätsels, das die Afrikaforscher seit Jahrzehnten beschäftigt hat. In der Gegend, die noch kein Weißer betreten hatte — Livingstone war ihr am nächsten gekommen —, hat Graf Rosen ein Sumpfvolk entdeckt, über das bisher nur phantastische Angaben vorlagen, deren unzuverlässige Quellen benachbarte Völker waren. Es handelt sich um das Volk der Batwa, das in Rhodesia, nicht weit vom Bangweolo-See, in einem Gebiete haust, das von ungeheuer ausgedehnten Sümpfen bedeckt ist. Graf Rosen hat zwei Monate darauf verwandt, dieses unbekannte Volk zu studieren, und gibt in seinem Reisewerk an Hand zahlreicher Aufnahmen einen guten Ueberblick über alles Wissenswerte: über die Kultur, Wohnungsbau, Hausgeräte, Kleidung, Schmuck, Jagd, Fischfang, Speise und Getränke, sowie Genußmittel, über Feste und Lustbarkeiten, die Verteilung der Arbeit unter den Frauen usw. Das Volk der Batwa, dem die Fabel Schwimmhäute zuschrieb, führt in seinen Sümpfen ein amphibisches, unstetes Leben; die Hütten werden auf winzigen natürlichen Inseln im Sumpf angelegt, oft aber müssen auch künstliche Inseln gebaut werden, die aus Schilf und Papyrus geschaffen werden, worauf dann bald schwimmende Wohnhütten entstehen. Graf Rosen ist der Herkunft dieses Volkes nachgegangen und neigt der Ansicht zu, daß man ein Mischlingsvolk vor sich habe, das aus einem ursprünglichen, den Buschmännern ähnlichen Volke und einem höherstehenden, von Westen eingedrungenen Bantustamme entstanden ist. Wahrscheinlich ist das Mischvolk auf der Flucht vor stärkeren nachdrängenden Völkern in das Sumpfgebiet gelangt und hat verstanden, sich den neuen Lebensbedingungen anzupassen. Weiter im Süden, in der Gegend der Eisenbahnhaltestelle Allvastra, ist Graf Rosen auf Reste einer Negersiedlung gestoßen, die aus dem dritten Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung stammt. Allem Anschein nach war es eine Siedlung der unmittelbaren Vorfahren des Batwavolkes.

Vögel im Kampfe gegen ein Eichhörnchen.

Den Kampf eines Sperlings und einer Nachtigall gegen ein Eichhörnchen schildert ein Augenzeuge im neuesten Hefte des Zoologischen Beobachters. Der Kampfschauplatz war ein Birnbaum. Das Eichhörnchen strebte mit geschmeidigen Bewegungen immer weiter nach oben und hatte wohl vor, die Vogelnester auszurauben. Der Sperling und die Nachtigall suchten das mit allen Kräften, die ihnen angstvolle Mutterliebe eingab, zu verhindern. Besonders der Sperling zeigte sich als kühner Angreifer. Im raschen Zickzackfluge umschwirrte er das Eichhörnchen und suchte mit heftigen Schnabelhieben den rothaarigen Bösewicht auf den Kopf zu treffen. Oft genug gelang ihm das auch. Er wiederholte ohne Rast und Ruhe seine Angriffe, so daß das Eichhörnchen kaum zur Besinnung kam. Die Nachtigall dagegen verfolgte eine mehr vorsichtige, aber auch recht klug berechnete Taktik. Mit halbgehobenen Flügeln und kampfbereit vorgestrecktem Kopfe hielt sie sich ständig in nächster Nähe des Feindes und benutzte jeden Augenblick, in dem das Eichhörnchen durch den Sperling vollauf beschäftigt war, von hinten Schnabelhiebe zu versetzen. Das Eichhörnchen sprang schließlich, sichtlich außer Fassung gebracht auf den Nachbarbaum, um von dort aus möglichst hoch oben auf den Birnbaum zurückzuspringen. Die gefiederten Kampfgenossen aber, durch den Erfolg ermutigt, griffen immer schärfer an, so daß das Eichhörnchen sich für besiegt erklären mußte, und mit langsam müden Bewegungen herunterkletterte.

Winternacht.

1.

Vor Kälte ist die Luft erstarrt,
Es kracht der Schnee in meinen Tritten,
Es dampft mein Hauch, es klirrt mein Bart;
Nur fort, nur immer fort geschritten!

Wie feierlich die Gegend schweigt!
Der Mond bescheint die alten Fichten,
Die, sehnsuchtsvoll zum Tod geneigt,
Den Zweig zurück zur Erde richten.

Frost! friere mir ins Herz hinein,
Tief in das heißbewegte, wilde!
Daß einmal Ruh' mag drinnen sein,
Wie hier im nächtlichen Gefilde!

2.

Dort heult im tiefen Waldesraum
Ein Wolf; — wie's Kind aufweckt die Mutter,
Schreit er die Nacht aus ihrem Traum
Und heischt von ihr sein blutig Futter.

Nun brausen über Schnee und Eis
Die Winde fort mit tollem Jagen,
Als wollten sie sich rennen heiß:
Wach auf, o Herz, zu wilden Klagen!

Laß deine Toten auferstah'n
Und deiner Qualen dunkle Horden!
Und laß sie mit den Stürmen gehn,
Dem rauhen Spielgesind' aus Norden!

Nikolaus Lenau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170123-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 23. Januar 1917.

Das Hungergefühl als Folge der Fettknappheit.

Der zu Ende des vorigen Jahres aus dem Beirat des Kriegsernährungsamtes ausgetretene Jenaer Hygieniker Professor Dr. Abel ist vor kurzem von den Jenaer Gemeindebehörden ersucht worden, seine Ansichten über die Fettnot in einem Vortrag darzustellen. Professor Abel ist diesem Ersuchen nachgekommen und hat im Jenaer Gesundheitsausschuß — der aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammengesetzt ist — folgendes ausgeführt:

Die Frage der Fettbeschaffung ist eine der wichtigsten für die Volksernährung. Ein Genuß von 50 bis 60 Gramm täglich galt früher als das gewöhnliche. Vielfach ist in den letzten Jahren diese Menge noch bedeutend überschritten worden; namentlich die Kost des Städters hat sich immer fettreicher, ja zu fettreich gestaltet. Jetzt werden uns nur noch 90 Gramm Fett als Butter oder Margarine wöchentlich zugebilligt, und diese Mengen erhalten wir tatsächlich noch nicht einmal. Man kann rechnen, daß wir jetzt in der gesamten Nahrung nicht mehr als 10 bis 20 Gramm Fett täglich aufnehmen. Nun hat das Fett einen mehr als doppelt so hohen Heizwert für den Körper als Eiweiß und Kohlenhydrate. Die Folge des Fettmangels ist also, daß wir bedeutend mehr als ehedem essen müssen, um dem Körper die gleiche Kraftmenge zu liefern. Das ist aber für die Verdauungsorgane des Städters, der nicht sehr kräftige körperliche Arbeit zu leisten hat, eine schwere und vielleicht nicht zuträgliche Belastung. Mancher hat daher ständig Hunger, weil er gar nicht so viel essen kann, wie er müßte; es fehlt ihm die sättigende Wirkung der Fettnahrung. Endlich darf nicht vergessen werden, wie wichtig, ja unentbehrlich das Fett in der Küche für die Bereitung vieler Speisen ist.

Die fettreichen Nahrungsmittel der Friedenszeit sind sehr knapp geworden. Es fehlt uns der frühere Reichtum an Milch und Butter. Die Versuche, mehr davon zu bekommen, werden gewiß fortgesetzt werden, aber sehr viel wird nicht zu erreichen sein, da das Milchvieh an Zahl geringer geworden ist, auch weniger Milch liefert, und die im Frieden aus dem Auslande in großen Massen eingeführte Butter fehlt. Fette von Schlachtvieh sind ebenfalls knapp geworden; die recht beträchtliche frühere Einfuhr von Schmalz, Talg, Oleomargarine ist vorbei. An Oelfrüchten, deren Oele zur Margarinefabrikation und technischen Zwecken dienten, kamen in den letzten Friedensjahren etwa 1½ Millionen Tonnen von Uebersee mit 30 bis 50 Prozent Oelgehalt nach Deutschland, dazu noch 50 000 bis 60 000 Tonnen fertige Oele — heute nichts mehr. Von sonstigen fettreichen Nahrungsmitteln sind Käse und Eier so gut wie verschwunden, Fische nicht nur für die Aermeren unerschwinglich, Fleisch uns nur in geringen Mengen zugemessen. Die Vegetabilien, von denen wir uns heute hauptsächlich ernähren müssen, enthalten ganz wenig Fett.

Was noch irgendwie an Fetten verfügbar ist, sucht der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette an sich zu bringen. Professor Abel macht aber der Regierung den Vorwurf, daß sie nicht rechtzeitig zur Vorbeugung und Abhilfe etwas Durchgreifendes getan habe: „Hätten wir ein seinen Aufgaben besser gewachsenes Kriegsernährungsamt, so wäre es schon im Jahre 1916 möglich gewesen, im großen den Anbau von Oelfrucht herbeizuführen, indem den Landwirten je nach Größe, Beschaffenheit, klimatischen Bedingungen ihres Besitzes und Sachverständigkeit ihres Eigentümers unter Strafe aufgegeben worden wäre, einen bestimmten Teil ihrer Landfläche für Oelfruchtbau zu benutzen." Professor Abel empfiehlt den Städten, bei der Oelfruchtbepflanzung mitzuwirken. Hauptsächlich sollen sich die gartenreichen Städte zur Anpflanzung von Sonnenblumen und Mohn, die in ihren Früchten 40 bis 50 Prozent Oel enthalten, bereit finden. Auch auf Schulhöfen und Pachtgärten sollte der Anbau von Oelpflanzen gefördert werden. Durch Wahl von städtischen Kommissionen und Aufrufe in der Presse soll für diese Art der Fettgewinnung Propaganda gemacht werden.

Feuerbestattung und Arbeiterschaft.

In der Versammlung, die sich am Sonntagabend im Volkspark mit der Frage der Feuerbestattung beschäftigte, hielt Herr Jakobsen, der Vertreter des Volks-Feuerbestattungsvereins Groß-Berlin, den einleitenden Vortrag. Zunächst wies Redner kurz auf die kulturelle Bedeutung der Frage hin, um dann die Bestrebungen des Vereins den Versammelten klarzulegen: Der Verein habe es sich zum Ziele gesetzt, den nichtbemittelten Schichten des Volkes durch Versicherung die Möglichkeit zu geben, von dieser modernen Bestattungsform Gebrauch machen zu können. Der Verein, der trotz seines kurzen Bestehens bereits über 2000 Mitglieder zählt, trägt die Kosten der Bestattung bis zur Höhe von 165 Mk. In Halle, das jetzt ein eigenes Krematorium hat, stellen sich die Kosten nur auf etwa 100 Mk., so daß noch eine überschießende Summe für andere Ausgaben zur Auszahlung gelangen kann. Nach einjähriger Mitgliedschaft gelangt diese Summe bereits zur Auszahlung. Mitglieder werden bis zum Alter von 60 Jahren aufgenommen gegen einen monatlichen Beitrag bei einem Alter: bis zu 20 Jahren 25 Pf., bis zu 30 Jahren 35 Pf., bis zu 40 Jahren 45 Pf., bis zu 45 Jahren 55 Pf., bis zu 50 Jahren 70 Pf., bis zu 55 Jahren 85 Pf. und bis zu 60 Jahren 1,10 Mk. Der Verein hat jetzt die Genehmigung nachgesucht, seine Tätigkeit über ganz Deutschland zu erstrecken, und beabsichtigt, überall Mitglieder zu werben. Eine größere Zahl der Anwesenden trug sich denn auch in die ausgelegten Beitragslisten ein. Einer späteren Zusammenkunft wird es vorbehalten sein, die Gründung einer Verwaltungsstelle für Halle in die Wege zu leiten.

---

* **Erst Eisbeine, dann Spitzbeine.** Lange Zeit haben wir an den Maßnahmen der städtischen Verwaltung bei der Lebensmittel-Verteilung in der Talamtschule nichts bemängelt. Aber gestern hat sich gezeigt, daß unsere Forderungen nach vorbeugenden Maßnahmen gegenüber der Winterkälte berechtigt waren. Im Sommer wiesen wir bereits darauf hin, daß die Kälte und sonstiges rauhes Wetter zu Unzuträglichkeiten führen müssen. Bei dem Verkauf der Spitzbeine, an welchem gestern etwa 20 000 Haushalte beteiligt waren, war eine glatte Abfertigung nicht möglich. Als um 12 Uhr vormittags der Verkauf geschlossen wurde, begannen bereits wieder Ansammlungen von Käufern. Den ganzen Nachmittag konnten dann diese Ansammlungen nicht verringert werden. So mancher Käufer verzichtete auf sein ½ Pfund Spitzbeine in Rücksicht auf seine Gesundheit. Denn bei 8 bis 10 Grad Kälte eine Stunde im Freien warten, ist gewiß kein Vergnügen. Wir haben vor langer Zeit darauf hingewiesen, daß der Hof sich mit geringen Kosten als heizbarer Warteraum einrichten läßt. So lange die städtische Verwaltung zu nicht unbedingt notwendigen Ausgaben Tausende von Mark zur Verfügung hat, muß verlangt werden, daß für die Gesundheit vieler Tausender erst recht solche Beträge da sind.

* **Der Spitzbeinverkauf** wird morgen auf die rosa und grauen Lebensmittelscheine in der Talamtschule fortgesetzt.

* **Weitere Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.** Infolge des gegen das Vorjahr stark angewachsenen Güterverkehrs läßt die Eisenbahnverwaltung im Berliner Direktionsbezirk vom 23. Januar an noch eine Reihe von Schnell- und Personenzügen ausfallen. — In nächster Zeit ist es erforderlich, eine Reihe von Gütern von der Eisenbahnbeförderung zurückzustellen. Es wird daher allgemein empfohlen, bei beabsichtigter Aufgabe von Gütern sich vorher bei den Annahmestellen zu erkundigen, ob sie entgegengenommen werden können. Für besonders dringliche Güter, sowie für Militärgut und Privatgut für die Militärverwaltung wendet sich der Absender am besten an die für den Verladeort zuständige Linienkommandantur. — Auch im Personenzug-Fahrplan treten noch Aenderungen ein. In dieser Beziehung wird auf die öffentlichen Bekanntmachungen der Eisenbahn-Verwaltungen in den Zeitungen verwiesen.

* **Kriegselterngeld?** Das Kriegsministerium hat auf eine Anfrage über die Gewährung von Kriegselterngeldern erwidert, daß Eltern, die für die Berufsausbildung ihrer im Kriege gefallenen Söhne große Aufwendungen gemacht haben in der Hoffnung, später an ihnen eine Stütze zu haben, nach § 22 des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 Kriegselterngeld nicht erhalten können. Um aber die hierin liegenden Härten zu mildern, hat das Kriegsministerium im Einvernehmen mit dem Reichsschatzamt angeordnet, daß Eltern in solchen Fällen bei Vorliegen eines Bedürfnisses Zuwendungen in bescheidenen Grenzen gewährt werden.

* **Ein neues Säuglingsheim in Kröllwitz.** Der Bund für Volkskraft hat seine Abteilung Säuglingsheim, die seither in dem zur Verfügung gestellten Grundstück Giebichensteiner Straße 3b untergebracht war, nach dem eigenen Gebäude Belfortstraße 3 im Stadtteil Kröllwitz verlegt. Mit dieser Verlegung war gleichzeitig eine Erweiterung des Heims verknüpft, das nunmehr für 50 Säuglinge berechnet und auch voll belegt ist. — In den unteren Räumen im Kellergeschoß des Gebäudes sind die mehr wirtschaftlichen Einrichtungen vereinigt: die verschiedenen Küchen für Herstellung der Mahlzeiten, für Reinigungszwecke, Sammelräume für die gebrauchte Wäsche, Vorratsräume und ähnliches. Die Pflegerinnen und das Dienstpersonal sind in den obersten Räumen des Hauses in schönen, hellen und behaglich eingerichteten Zimmern untergebracht; elektrische Beleuchtung und Linoleumbelag auf den Fußböden sind überall vorhanden, Kachelöfen sorgen für ausreichende Erwärmung. Die Säuglingszimmer befinden sich im ersten und zweiten Stockwerk; zu ihnen kommen noch die Schwesternzimmer, die auch gelegentlich als Sprechzimmer benutzt werden können. Die Kinderzimmer haben je 4 bis 6 meist umgitterte Kinderbettstellen. Der Kreis der Kleinen, die jeder Pflegerin zugeteilt sind, ist ein nur eng begrenzter, so daß auf jede im Durchschnitt nur 4 oder 5 Säuglinge entfallen.

* **Der Hauswirt darf wegen Nichtzahlung der Gebühren die Wasserleitung nicht sperren.** Ein Grundbesitzer in H. hatte einem Mieter die Wasserleitung gesperrt, weil dieser mit Zahlung der Gebühren im Rückstand war. Er wurde deshalb mit einer Polizeistrafe belegt. Seine hiergegen erhobene Klage blieb erfolglos. Das Kammergericht als Revisions-Instanz führte aus:

Die Polizeiverordnung der Polizeiverwaltung zu H. vom 20. Oktober 1898 bestimmt in § 5: „Jeder Eigentümer bzw. Nießbraucher eines an die städtische Wasserleitung angeschlossenen Grundstücks ist verpflichtet, seinen Mietern das erforderliche Haus- und Wirtschaftswasser abzugeben. Die Bedingungen, unter denen die Hergabe des Wassers erfolgen soll, sind freier Vereinbarung überlassen." Mit Recht legt das Landgericht diese Vorschrift dahin aus, daß die in gesundheitlichen — übrigens auch im feuerpolizeilichen — Interesse vorgeschriebene Abgabe des Wassers seitens des Vermieters an die Mieter unter allen Umständen, also ohne Rücksicht auf die gemäß Satz 2 vereinbarten Bedingungen und auch dann erfolgen muß, wenn die verabredete Zahlung seitens des Mieters nicht geleistet wird.

* **Schwurgericht.** In der am 29. Januar beginnenden Schwurgerichtsperiode kommen zur Verhandlung: 1. Am 29. Januar vormittags 9 Uhr gegen Anna Hoffmann geb. Schmidt wegen Kindesmord. 2. Am 29. Januar vormittags 9 Uhr gegen den Arbeiter Hermann Herrmann wegen Straßenraubes und Körperverletzung. 3. Am 30. Januar vormittags 9 Uhr gegen den Arbeiter Oskar Peuschel wegen Sittlichkeitsverbrechen in Tateinheit mit Notzucht.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, wird das Lustspiel Am Teetisch von Sloboda zum ersten Male wiederholt. Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, wird das Weihnachtsmärchen Dornröschen zum letzten Male gegeben; abends 7½ Uhr geht die Oper Don Juans letztes Abenteuer von Paul Graener zum ersten Male in Szene. Donnerstag wird Lortzings Oper Die beiden Schützen wiederholt. Freitag Am Teetisch. Am Sonnabend gelangt nachmittags als Schülervorstellung das vaterländische Lustspiel Des Königs Befehl, abends 7¼ Uhr Richard Wagners Lohengrin zur Aufführung.

* **Volkspark.** Morgen, Mittwoch, nachmittag findet wieder eines der beliebten Nachmittagskonzerte statt.

* **Die U. T. Lichtspiele,** Alte Promenade 11, bringen vom 26. Januar an den Riesenfilm Tyrannenherrschaft, der die polnischen Befreiungskriege behandelt.

* **Zeichen der Zeit.** Wer Bahnfahrten vor hat, sei darauf aufmerksam gemacht, daß immer öfter in den Großstädten Schulkinder als Bahnhofsdiebe auftauchen. Auf dem Leipziger Hauptbahnhofe haben in der letzten Zeit die Reisegepäckdiebstähle eine außerordentliche Häufung erfahren. Wie das Leipziger Polizeiamt festgestellt hat, fällt ein großer Teil dieser Diebstähle der Schuljugend zur Last. Schulpflichtige Jungen pflegen sich nach Lösen einer Bahnsteigkarte Zugang zu den Bahnsteigen zu verschaffen und machen sich dort, unter dem Vorgeben, Gepäck tragen zu wollen, an die Reisenden heran, um dann mit dem ihnen zum Tragen übergebenen Reisegut bei der ersten sich bietenden Gelegenheit im Gedränge zu verschwinden. Auch in den Wartesälen werden zahlreiche, sorglos beiseite gestellte Gepäckstücke durch die jungen Diebe entwendet. Sie scheuen auch nicht davor zurück, das Gepäck der Soldaten zu stehlen, namentlich wenn sie in diesem Lebensmittel vermuten. — Die letztere Bemerkung weist deutlich genug die Triebfeder dieser Diebstähle auf.

* **Zur Verhaftung des Mörders der Frau Rinckleben** wird noch mitgeteilt, daß Wagner sich an seiner Arbeitsstelle, die er sich nach der Tat beschafft hatte, sehr aufgeregt gezeigt und häufig nach Zeitungsnachrichten gefragt habe. Daraufhin erst wurde seine Umgebung auf ihn aufmerksam, und da die von der Polizeiverwaltung gegebene Beschreibung des Mörders auf den Mann zutraf, benachrichtigte man die Kriminalpolizei. Ein Beamter erschien auch, indes war der Vogel bereits ausgeflogen. Nun wußte man jedoch seinen Namen, und da man mit Recht erwartete, daß Wagner entweder nach seiner Wohnung oder zu seinen Angehörigen zurückkehren werde, so bedurfte es jetzt der Geduld und Ausdauer, damit er nicht wieder zu entweichen vermöchte. Am Sonntag ist denn nun auch, wie berichtet, seine Ergreifung in der Wohnung seiner Mutter gelungen.

* **Zusammenstoß.** Auf dem Marktplatze stieß ein Motorwagen der Straßenbahn mit einem Stadtbahnwagen zusammen, wodurch eine Betriebsstörung von 15 Minuten entstand. Es wurde niemand verletzt.

* **Feuer.** Heute morgen, etwa ½8 Uhr, bemerkte ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft, als er auf dem Hofe eines Grundstücks in der Glauchaer Straße revidierte, in einem nach der Langestraße zu gelegenen Nachbargrundstück aufsteigende Rauchwolken. Er machte sofort der Polizei Mitteilung, welche die Feuerwehr alarmierte. Nach etwa ¾stündiger Tätigkeit hatte diese den Brand, der in einem Waschhaus ausgebrochen war, gelöscht.

Die Kreisfleischstelle teilt mit: Gemäß § 12 der Verordnung über die Fleischversorgung im Saalkreise kommen in der Woche vom 22. bis 28. Januar als Wochenmenge etwa 250 Gramm Fleisch und Wurst auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Die Abgabe von Eingeweideteilen in unverarbeitetem Zustande ist verboten. Die hieraus hergestellte Wurst wird auf die Fleischmenge angerechnet. Da die zulässige Höchstmenge zur Verteilung gelangt, so dürfen die Schwerstarbeiter nicht besondere Berücksichtigung finden. Durch Anrechnung von Fleisch aus Notschlachtungen können sich in einzelnen Bezirken Abweichungen ergeben. Von der Reichsfleischkarte werden alle 10 Abschnitte für den Empfang des Schlacht- und Büchsenfleisches sowie der Wurst bestimmt.

Allerlei.

Die strenge Kälte,

die in den letzten Tagen mit einer Heftigkeit aufgetreten ist, wie man sich dessen seit vielen Jahren nicht erinnern kann, scheint nunmehr doch wohl ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Gestern morgen zeigte in Halle die Temperatur 18 Grad Celsius. — Nach Mitteilungen der Wetterbureaus soll jetzt die Kälte langsam nachlassen, wenn auch der Frost noch eine Zeitlang anhalten dürfte. Im östlichen Ostseegebiete ist es, wie das B. T. berichtet, bereits wieder wärmer geworden. Memel und Königsberg verzeichneten gestern früh nur —2 Grad. Im Binnenlande herrschte im Durchschnitt eine Kälte von 10 Grad. Im Rheingebiet hält die milde Witterung auch weiter an. In Hannover und Magdeburg wurden 14, in Dahme in der Mark 16 Grad Kälte festgestellt.

Die Kälte und reichliche Schneefälle haben vielfach große Verkehrsstörungen hervorgerufen. Namentlich ist es im Eisenbahnbetrieb zu erheblichen Betriebsstockungen gekommen. Fast alle Kleinbahnen Pommerns haben noch heute den Verkehr eingestellt, die Züge blieben unterwegs stecken, nur langsam kann für sie der Weg freigemacht werden. Bei Eldena ist ein Zug entgleist, die Lokomotive liegt im Chausseegraben. Für den Verkehr gesperrt wurden die mecklenburgischen Eisenbahnstrecken Rostock—Triebsees, Sanitz—Tessin, Rostock—Plaas, Teterow—Gnoien, Malchin—Dargun, Klütz—Grevesmühlen, Criwitz—Parchim. Alle Verbindungen Mecklenburgs waren nach den ersten Stunden der gewaltigen Schneefälle vollständig unterbrochen. In Schleswig-Holstein wüteten furchtbare Schneestürme, die gleichfalls den Eisenbahnverkehr an vielen Stellen unmöglich machten. Bei Bedstedt entgleiste ein Zug; mehrere Meter hohe Schneeschanzen geboten die Betriebseinstellung der Kleinbahnen im nördlichen Schleswig. Namentlich ist die Westküste der Provinz von schweren Schneeverwehungen heimgesucht worden, wie auch über die nordfriesischen Inseln und die Halligen schwere Schneeunwetter weggingen.

Auf einigen Flüssen herrscht Eisgang, so auf der Elbe. Sie führt so viel Eis, daß mit der Einstellung der Schiffahrt gerechnet werden muß. — In Hamburg ist infolge des starken Eisganges unter der großen Elbbrücke ein Schleppdampfer, der zwei Schuten zog, gesunken. Von der Besatzung konnten sich zwei Mann retten, indem sie auf Eisschollen sprangen. Drei andere sind ertrunken. Sofort eingeleitete Rettungs- und Hebungsversuche waren erfolglos.

Aus verschiedenen Teilen des Reiches wird berichtet, daß Menschen erfroren sind. Im Kreise Landsberg a. W. sind drei Personen auf dem Heimwege von ihren Arbeitsstätten erfroren. In Ostpreußen haben acht Personen durch Erfrieren den Tod gefunden. Die Kälte hat dort 20 Grad, im Weichselgebiet 16 Grad erreicht.

Unwetterverheerungen in England. In vielen Teilen Englands haben Schneeverwehungen und Hochwasser starke Verkehrsstörungen hervorgerufen. Die Themse ist abermals gestiegen und ihr Wasserstand zwei Meter höher, als in normalen Zeiten. In der Derbyshire hat ein Schneesturm große Verwüstungen angerichtet; der Schnee liegt teilweise mehr als drei Meter hoch, der Verkehr ist vollkommen unterbunden. In Süd-Essex fällt der Schnee ununterbrochen und hat bereits eine Höhe bis zu vier Metern erreicht.

Die Wahrheit im — Feuilleton.

Die alldeutsche Rheinisch-Westfälische Zeitung, die schon häufig die Berechtigung des Kriegsgewinnes in langen Artikeln begründet hat, veröffentlicht in ihrer Sonntagsnummer vom 14. Januar eine mit J. von B. unterzeichnete Skizze: Ein Regentag in Reservestellung. Darin heißt es zum Schlusse:

Wir sind noch nicht verhungert, und noch haben die Hamster daheim Speckseiten in ihren Vertikos und machen Kriegsgewinne, mittels deren sie die deutsche Kultur „verschlächtern" werden. Wir werden nach dem Kriege nicht gegen die Verrohung der Massen durch die Gewöhnung an das Blut zu kämpfen haben, sondern gegen die Verschlechterung unseres Geschmacks durch Kriegslieferanten. Wir werden sanft sein wie die Lämmer, denn wir haben mit dem Tode angestoßen, jene aber haben sich feitgesogen. Wir haben Blut vergossen, und sie haben daheim Sekt getrunken.

Man wird die Kriegsgewinne besteuern. Mit 50 Prozent heißt es; 50 Prozent von dem, was nicht versteckt wird, mit Anstand versteckt werden kann. Man soll ruhig 100 Prozent nehmen; sie verdienen noch immer 75 Prozent. Aber die Kriegsverluste der Teilnehmer an Kämpfen, die ersetzt niemand. Sie sind außer Blut und Knochen auch Kapital, das unsern Kindern einmal fehlt, und das die Kriegsgewinner einsaugen. Die Verpowerung des Wertvollsten, die Bereicherung der Schlechtesten bis auf Kind und Kindeskind, das ist die Gefahr dieses Krieges für das deutsche Volk.

Die politische Leitung des Blattes wird diese Sätze, denen Entschiedenheit nicht abzusprechen ist, mit Erstaunen gelesen haben.

Dankschreiben auf Bestellung.

Der Münch. Post wird von einem Bergarbeiter aus Penzberg geschrieben: Von der Hindenburg-Spende wurden uns vor Weihnachten sieben Schweine von etwa 14 Zentnern zugewiesen. Davon haben die Untertagsarbeiter, Heizer und Schmiede je ein Pfund erhalten. Etwas blieb noch übrig, und davon erhielten diese Arbeiter, soweit der Vorrat reichte, wiederum ein Pfund. Hernach stellte sich heraus, daß auch andere Leute, die nicht Schwerarbeiter sind, von dem Fleisch erhalten haben. Dieser Tage ließ nun Direktor Müller einen Vertreter der Arbeiter rufen und übergab ihm ein Schreiben des Bezirksamts, in dem ein der bayerischen Fleischversorgungsstelle zugeleiteter Wunsch der Verwaltung der Hindenburg-Spende, die Arbeiter möchten Dankschreiben für das Fleisch „an die Person des hohen Spenders" (eines nichtbayerischen Prinzen und Generals, dessen Namen wir in dem nachfolgenden Briefe weglassen) richten, an die Werkdirektion befürwortend weitergeleitet wird. Der Brief des Bezirksamts lautet:

Mitteilung an die Bergwerksdirektion Penzberg.

Weilheim, am 9. Januar 1917.

Betreff: Hindenburg-Spende.

Die bayerische Fleischversorgungsstelle hat von der Verwaltungsstelle der Hindenburg-Spende der deutschen Landwirte, Berlin, folgendes Schreiben erhalten:

Wir bitten zu veranlassen, daß von seiten der Werke, deren Arbeiter mit Fleisch oder Speck der von ……, Königliche Hoheit, für die Hindenburg-Spende gestifteten 6000 Schweine versehen worden sind, möglichst bald Dankschreiben durch die Werksleitung oder besser noch durch die Arbeiter selbst oder ihre Arbeiterausschüsse an die Person des hohen Spenders gerichtet werden.

Ich ersuche, gütigst dahin wirken zu wollen, daß diese gewünschten Dankschreiben von den Schwerarbeitern, die von den Schweinen aus der Hindenburg-Spende Fleisch erhalten haben, gemacht werden. Faigl.

Die Arbeiter sind der Meinung, daß sie sich nicht zu bedanken brauchen wegen eines Pfundes Fleisch, für das 1,60 Mk. bezahlt werden mußte. Wo die Schweinsbaxl und die Leber- und Blutwürste hingekommen sind, ist überhaupt nicht bekannt. Die Bergarbeiter, die jeden Tag 8½ Stunden unter Tag in der schlechten Luft schwer arbeiten müssen, erhalten in der Woche 250 Gramm Fleisch, und wenn sie dann einmal ein Pfund ohne Marken, aber um ihr sauer verdientes Geld bekommen, sollen sie sich noch bedanken! Da würde ja bei dem „Stifter" (lies: Verkäufer) der Schweine schließlich die falsche Meinung erweckt werden, die Arbeiter hätten durch Eingreifen irgend eines unbekannten Wohltäters das Fleisch umsonst erhalten. Und wenn das Fleisch den Arbeitern wirklich geschenkt worden wäre, so wären bestellte Dankbriefe gewiß kaum im Sinne des Spenders.

11

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170123-14/fragment/page=0006